

Tagungsbericht zum soeb-Werkstattgespräch 1:

Deutschland im Modell

Göttingen, 21./22. Februar 2006

Peter Bartelheimer¹

Zur Fragestellung der ersten soeb-Werkstatt

„Wie lässt sich der soziale und ökonomische Entwicklungszusammenhang beobachten? Und dies unter der erschwerenden Annahme, dass sich das deutsche Produktions- und Sozialmodell in einem tiefgreifenden Umbruch befindet – mit offenem Ausgang.“ So formulierte der Ankündigungsflyer die Fragestellung des ersten Werkstattgesprächs.

Zur Diskussion stand zum einen, welche Tatsachen und Gegenstandsbereich zu einer „dichten Beschreibung“ des deutschen Produktions- und Sozialmodells gehören, und zum anderen, welche politisch-normative und empirische Konzepte einer solchen Beschreibung zugrunde zu legen wären.

Auf den folgenden Seiten werden Referate und Diskussionsbeiträge in einer von den Veranstaltern verantworteten Zusammenfassung wiedergegeben.

1. Umbruch des Produktions- und Sozialmodells

Für den Forschungsverbund führt *Peter Bartelheimer* in die Werkstattreihe zur sozioökonomischen Berichterstattung und in das Thema des ersten Werkstattgesprächs ein (siehe auch Foliensatz P. Bartelheimer: Umbruch des Produktions- und Sozialmodells).

Peter Bartelheimer: Umbruch als Leitkonzept der sozioökonomischen Berichterstattung

Der zweiten Bericht, den der Verbund bis 2008 erstellen will, ist zugleich „schwerer und wichtiger“ als der erste: Schwerer nicht nur, weil der nächste Bericht immer der Schwerste ist. Der Anfängerbonus, den man dem ersten Bericht mit all seinen Schwächen zugute halten

¹ Herzlichen Dank an Natalie Grimm und Carolin Weber für die Dokumentation von Beiträgen und Diskussionen, ohne die dieser Werkstattbericht wesentlich schmaler ausgefallen wäre.

konnte, fällt nun weg. Obwohl der Verbund weiteren theoretischen und methodischen Entwicklungsbedarf für seinen Berichtsansatz sieht, hat er sich zu mehr fachöffentlicher Präsenz verpflichtet. Und wichtiger ist die Fortsetzung, denn schließlich wird erst mit ihr aus einem mehr oder weniger plausiblen Forschungsprojekt ein Berichtsansatz. In dieser Situation stellt die Werkstattreihe eine „verbundeigene Fortbildungsmöglichkeit“ dar, in der – neben der Präsentation und Erörterung eigener Arbeitsergebnisse – ein offener Umgang mit offenen Fragen gepflegt werden kann.

Der Beitrag zeichnet zunächst die Entwicklung des Vorhabens von den ersten Anfängen (1997) bis zur Präsentation der Buchfassung des ersten Berichts (2005) nach. Im November 1997 veranstaltete der Forschungsverbund Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung, der damals aus dem Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) München, dem Internationalen Institut für empirische Sozialökonomie (INIFES) Stadtbergen, dem Institut für Sozialforschung (IfS) Frankfurt am Main sowie dem Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen bestand, in der Gottlieb-Daimler-und-Karl-Benz-Stiftung in Ladenburg einen Workshop unter dem Titel „Gesellschaftliche Organisation von Arbeit“, um mit Fachleuten mögliche Beiträge der beteiligten Institute zu einer integrierten Sozialberichterstattung zur Entwicklung von Arbeit zu erörtern.² Insbesondere drei Beiträge waren damals wesentlich für die Verständigung über dieses erste „Ladenburger Programm“ für einen neuen Berichtsansatz:

Heinz-Herbert Noll (IfS u.a. 1998: 33ff.) verwies damals auf Lücken gesellschaftlicher Berichterstattung und schlug vor, die Anstrengungen des Verbunds auf diese Lücken auszurichten: Der Schwerpunkt der Sozialberichterstattung habe auf empirischer Deskription „des Zustands und Wandels der Gesellschaft mit Hilfe von Leistungs- oder Endproduktindikatoren, zu einem geringeren Teil auch unter Berücksichtigung von Nebeneffektindikatoren“ gelegen. Zwischen exogenen Variablen und Ergebnisvariable liege aber eine „Black box“. „Innerhalb der Sozialberichterstattung gibt es bisher nur wenige Versuche, gesellschaftliche Outputs nicht nur zu messen, sondern auch in ihrer Entwicklung und Verteilung zu erklären.“ Ein solcher Versuch sei Wolfgang Zapfs Konzept der Wohlfahrtsproduktion, der Wohlfahrt als Produkt von Markt, Staat, Assoziationen, privaten Haushalten und Individuen auffasst und die Konstellationen, in denen sie dazu beitragen, als „welfare mix“. Nachholbedarf bestehe bei

² Nachzulesen in: Institut für Sozialforschung (IfS) / Internationales Institut für empirische Sozialökonomie (INIFES) / Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) / Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI) (Hg.) 1998: Beobachtungsfeld Arbeit, Sonderband des Jahrbuchs Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung, Berlin (sigma).

der systematischen Beobachtung und Analyse der Verknüpfung von Output- und Inputfaktoren.

Auch die systematische Beobachtung und ‚Vermessung‘ des Institutionengefüges, in dessen Rahmen Wohlfahrtserträge produziert werden, habe Sozialberichterstattung bisher nur in geringem Umfang geleistet: „Sozialstaatsbeobachtung“ (P. Flora 1998) in international vergleichender Perspektive hätte „konkurrierende institutionelle Arrangements unter Effektivitätskriterien zu bewerten und ‚best practice‘-Modelle zu identifizieren“. Hierher gehöre aber auch die Beobachtung von Unternehmen und Betrieben.

Aus dieser Defizitanalyse ergab sich der Vorschlag einer Arbeitsteilung: „Wie Institutionen sind auch Organisationen im Prozess der Wohlfahrtsproduktion auf der Ebene von ‚Inputs‘ oder ‚Throughputs‘ anzusiedeln und liegen daher außerhalb des Blickwinkels der Sozialberichterstattung.“ Die Arbeitsberichterstattung des Verbunds könnte daher Sozialberichterstattung z.B. Wohlfahrtserträge wie Arbeitsmarktchancen, Arbeitsbedingungen und Arbeitszufriedenheit, die Sozialstaatsbeobachtung ferner die Arbeitsmarktregulierung zum Gegenstand haben.

Hansvolker Ziegler (ebd.: 303ff.), damals zuständiger Referatsleiter im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBWF) verwies in Ladenburg auf die Erfahrungen in der „Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Ländern“ (KSPW), die einen Bedarf an integrierter Sozialberichterstattung zur interdisziplinären Beobachtung des Umbruchs im Osten deutlich gemacht habe. Gleichzeitig sei in der EU im Anschluss an Überlegungen zu einem neuen, tauglicheren Entwicklungsmodell im Weißbuch von Jacques Delors (1993) ein Interesse an „scientific systems of socio-economic reporting on Europe“ (P. Flora) entstanden, das zur Key Action „Improving the Socio-economic Knowledge Base“ im Fünften Europäischen Forschungsrahmenprogramm geführt habe. Weiter regte Ziegler Forschung dazu an, was Technik und Innovation zu Optionen des Gesellschaftsmodells beitragen könnten, und forderte eine bessere Nutzung der Dateninfrastruktur durch die Sozialwissenschaften.

Franz-Xaver Kaufmann (ebd.: 313ff.) riet in Ladenburg zur Bescheidenheit: Statt integrierte Sozialberichterstattung – wie in den 60er und 70er Jahren – als Erfolgskontrolle umfassender, aktiver Gesellschaftspolitik (Zapf 1978) aufzufassen, gehe es heute eher darum, „kleine, aber essbare Brötchen backen“ und „ein etwas überschaubareres und in sich kohärentes Bild von Teilwirklichkeiten“ zu liefern. Die Wirklichkeit werde immer multiperspektivischer – d.h. es gibt immer mehr Orte, von denen aus man die gleiche gesellschaftliche Wirklichkeit

betrachten kann. Diskussionen über „sensitizing concepts“ müsse man führen „im Wissen, dass sie nicht abschließbar sind und dass die Konzepte in einigen Jahren durch eine neue wissenschaftliche Mode abgelöst werden“. Jedoch solle man besser eine größere Zahl vergleichbarer Indikatoren verwenden, wobei es „nicht die Hauptsache“ sei, ob diese immer „in einer korrelativen Beziehung zu bestimmten sensitizing concepts stehen“. Indikatoren seien eher „schwache Anhaltspunkte für das, was eigentlich interessiert“. Schließlich forderte er, den Dialog von Wissenschaft und Politik in der Sozialberichterstattung stärker zu institutionalisieren.

Einige dieser Ratschläge, so Peter Bartelheimer, hat der Verbund bei der sozioökonomischen Berichterstattung zu beherzigen versucht. Die sozioökonomische Berichterstattung sucht nach ökonomischen und außerökonomischen Koordinationsinstanzen von Produktions- und Lebensweise. Arbeit bleibt die zentrale gesellschaftliche Vermittlungsinstanz zwischen Produktion in Unternehmen einerseits und Lebensweisen von Haushalten andererseits, doch wurde der Berichtsansatz thematisch auf der Grundlage „starker Thesen“ zur Diskontinuität in der gesellschaftlichen Entwicklung erweitert. Leitkonzept des Berichtsansatzes ist die Annahme eines Umbruchs im deutschen sozioökonomischen Entwicklungsmodell. Dass in Produktions- und Lebensweise jeweils relativ autonome Antriebskräfte des Umbruchs wirken, stellt eine „Absage an Ökonomismus“ dar: Die Lebensweise ist nicht passives Ergebnis der Ökonomie; sie bietet Spielraum für subjektive Motive: Die Gesellschaft geht mit der Wirtschaft um und nicht umgekehrt. Einzelne Länder passen sich nicht einfach an globale Trends an, weshalb die Beobachtung und dichte Beschreibung einzelstaatlicher Entwicklungsmodelle Voraussetzung für Ländervergleiche sei. Schließlich hat der Verbund für seine Fragestellungen Haushalt, Unternehmen und institutionelle Ordnung als drei wichtige Analyseebenen ausgemacht.

Indem der Verbund die Beobachtung des Übergangs zu einem neuen Entwicklungsmodell als „sensitizing concept“ verwendete, folgte er Franz-Xaver Kaufmanns Rat zur Bescheidenheit nicht: Dieses Konzept erzeugt nicht nur großen „Datenhunger“, sondern großen Bedarf an Annahmen über Gesellschaft als sozioökonomischen Entwicklungszusammenhang. Ein solches Modell sozioökonomischer Entwicklung, das Beiträge ökonomischer Akteure (Unternehmen und Haushalte), des Sozialstaats und des gesellschaftlichen Institutionensystems wie deren Wechselwirkungen untereinander berücksichtigt, ist theoretisch und empirisch nicht fundiert. Und entgegen der Empfehlung von Heinz-Herbert Noll verzichtete der Berichts-

satz auf eine strenge Arbeitsteilung zwischen Lebenslagenbeobachtung mit Mikrodaten und Sozialstaatsbeobachtung auf der Makroebene.

An diesen Rückblick auf die Entstehung des sozioökonomischen Berichtsansatzes schließen sich Erörterungen zu drei Fragen an: Was heißt Modell? Was heißt Umbruch? Was heißt sozioökonomisch?

Das Denken im Modell erfüllt nach Peter Bartelheimer drei Funktionen für integrierte Sozialberichterstattung:

- Es soll eine theoretische Integration verschiedener Perspektiven auf den Gegenstand gesellschaftlicher Entwicklung und eine Orientierung im sozialwissenschaftlichen Theorieangebot ermöglichen; dabei ist zu berücksichtigen, dass Berichterstattung schärfere Anforderungen an Stabilität und Konsistenz der Begriffe stellt als Einzelstudien.
- Es soll eine theoretische Abgrenzung des Gegenstandsbereichs anleiten und mehr oder weniger strenge Auswahlkriterien für Berichtsgegenstände abgeben.
- Seine theoretischen Zusammenhangsannahmen sollen es ermöglichen, mehr oder weniger streng (sicher weniger streng als in einer ökonomischen Modellierung) zu bewerten, welchen Daten für sozioökonomische Entwicklung Indikatorqualität zukommt.

Daraus folgen für die weitere Berichterstattung zwei Aufgaben: Der Verbund muss „besser im Modell denken“, und das Modell muss die Berichterstattung besser strukturieren. Erkennbar bestimmen die – im Buch (vgl. SOFI u.a. 2005: 55) skizzierten – Modellannahmen noch nicht die Gliederung des ersten Berichts. Der Referent erinnert aber daran, dass auch der erste unter der Leitung von Wolfgang Zapf erstellte Sozialbericht zu Lebensbedingungen in der Bundesrepublik (1978)³ zehn Zielbereiche „aufgrund der Forschungsinteressen der einzelnen Autoren“ bearbeitete, „ohne zu behaupten, dass es sich um die zehn ‚wichtigsten‘ Bereiche handelt oder dass diese Liste in irgendeiner Weise Vollständigkeit beansprucht“.

Der Modellbegriff bringt zum Ausdruck, dass eine Gesellschaft nicht Elemente beliebig kombinieren kann. Daher lassen sich in der gesellschaftlichen Entwicklung Phasen von Stabilität und Umbruch unterscheiden. Unter Stabilität versteht der Verbund dynamische, aber gleichgerichtete Entwicklung innerhalb eines Modells oder Entwicklungspfads, unter Umbruch die abnehmende „Passfähigkeit“ wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen und zumindest die Möglichkeit von Pfad- oder Modelländerungen. Für das „deutsche Modell“, das –

³ Vgl. Zapf, W. 1978: Einleitung in das SPES-Indikatorensystem, in: ders. (Hg.): Lebensbedingungen in der Bundesrepublik, Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung, Frankfurt a.M. (u.a.): 11-27.

so die Annahme – seit Mitte der 70er Jahre in eine solche Umbruchssituation eintritt, ergeben sich somit zwei Vergleichsperspektiven:

- Historisch („diachron“) ist die aktuelle „postfordistische“ Umbruchssituation an einer fordistischen Vergangenheit zu messen (oder, in Ostdeutschland, an einer Gesellschaft „vor der Wende“).
- Im Ländervergleich („synchron“) ist das deutsche Modell mit anderen Gesellschaften zu vergleichen (oder die ostdeutsche Situation des „doppelten“ Umbruchs mit der Westdeutschlands). Solche Vergleiche können durch Typologien angeleitet werden (z.B. „liberaler“, „konservativer“, „sozialdemokratischer“ und „später“ Wohlfahrtsstaat).

Zu berücksichtigen ist dabei der Eigensinn des Modellbegriffs: Auch wenn Modelle analytisch, d.h. als vereinfachendes Abbild, dienen sollen, können sie einen paradigmatischen Nebensinn als Vorbild entwickeln. So gerät, wer das deutsche Modell des „Fordismus“ historisch (retrospektiv) zu rekonstruieren sucht, rasch unter Nostalgieverdacht. Und zu den Nebenwirkungen von Modellen und Typologien gehört, dass man sich bei der Beobachtung von Veränderungen stets zwischen zwei Deutungsmustern entscheiden muss – dem der „pfadabhängigen“ Entwicklung und dem des „Modellwechsels“.

Sozioökonomische Kategorien bezeichnen in diesem Berichtsansatz nicht abgegrenzte Gegenstandsbereiche. „Ökonomisch“ und „sozial“ steht vielmehr für verschiedene Perspektiven auf die gleichen gesellschaftlichen Gegenstandsbereiche. Als solche Kategorien benennt Peter Bartelheimer:

- das Produktionsmodell (z.B. Geschäftspolitik, Arbeitsorganisation, Technikeinsatz), wobei verschiedene Produktionsmodelle von Unternehmen nebeneinander stehen, so dass zu fragen ist, ob es überhaupt ein gesellschaftlich bestimmendes Produktionsmodell gibt,
- das Sozialmodell, d.h. die Gesamtheit nicht marktförmiger Sozialbeziehungen, wozu auch sozialstaatliche Sicherungsansprüche gehören,
- Arbeit, Bildung und Konsum als Vermittlungen zwischen ökonomischen Motiven der Wirtschaftssubjekte (Unternehmen wie Haushalte) und individueller Bedürfnisse und Lebensziele,
- den Haushalt als ökonomischen Akteur und sozialen Nahbereich,
- den Betrieb als Produktionsort und sozialen Handlungsraum.

Im dritten Teil seines Beitrags begründet Peter Bartelheimer die Themenschwerpunkte des Werkstattgesprächs.

Erstens geht es darum, welche Themenkomplexe über die im ersten Bericht (SOEB 1) identifizierten hinaus zu einer dichten Beschreibung des Produktions- und Sozialmodells benötigt werden. Im Mittelpunkt von soeb 1 standen sichere und unsichere Muster der Erwerbsbeteiligung, Verdiennermodelle des Haushalts, Zeitmuster von Erwerbsarbeit und anderen Aktivitäten, Erwerb und Verteilung von Bildung, das Verhältnis formeller Dienstleistungen und informeller Hausarbeit sowie Formen und Mix von Engagement und Partizipation. Weniger gut konzeptionell integriert waren die Berichtsgegenstände Unternehmensorganisation, Formen der Internet-Nutzung, Migration und materieller Lebensstandard (Einkommen, Ungleichheit). Erweiterungswünsche des Verbunds richten sich insbesondere auf das politische Institutionensystem, die weltwirtschaftliche Einbindung Deutschlands, den Kapitalmarkt, auf Konsummuster und gesellschaftliche Verarbeitung demografischer Trends sowie auf die Energiewirtschaft angesichts der Endlichkeit fossiler Energieträger.

Zweitens geht es um Maßstäbe zur Bewertung sozioökonomischer Entwicklung. Solche Bewertungsmaßstäbe müssen wissenschaftlich begründbar (d.h. nicht beliebig) und gesellschaftlich gültig sein. Unumgänglich ist daher eine Auseinandersetzung mit den – veränderlichen und unbestimmten – Leitideen des politischen Diskurses, weshalb Strategien der Zieloptimierung auf der Makroebene (Europäisches Sozialmodell, Nachhaltigkeit) und das Konzept der Teilhabe als normatives Maß für die Mikroebene erörtert werden sollen: Nimmt die Gesellschaft im Umbruch „alle mit“? Wer bleibt auf der Strecke? Schließlich soll das in soeb 1 entwickelte Konzept der Lebensweise, das für den subjektiven Faktor sozioökonomischer Entwicklung steht, in seinen Beziehungen zu Genderansätzen, zum Konzept der alltäglichen Lebensführung und des sozialen Milieus verhandelt werden. Und abschließend sollen die „Nachbarschaftsbeziehungen“ zu anderen Berichtsansätzen zur Sprache kommen.

Diskussion

Im Mittelpunkt der Diskussion steht die Frage, wie die Berichterstattung fortgesetzt wird: Welche Indikatoren werden benötigt, um Gesellschaft zu beschreiben? Welche Themen werden vielleicht verlassen, welche fortgeführt, und welche sollen hinzukommen. *Waltraud Cornelissen* spricht sich dafür aus, die Änderung von Wertvorstellungen und Interessen, also die unterschiedliche Perspektive von Subjekten auf ihre Lebenslage stärker zu berücksichtigen. *Norbert Schwarz* merkt an, für einen sozioökonomischen Berichtsansatz müssten Einkommenserzielung, materielle Situation und Vermögensverhältnisse zentralere Bedeutung haben. *Ortrud Lessmann* wendet ein, die Einkommensverhältnisse besagten wenig über die Lebensverhältnisse der Menschen, Benachteiligung gebe es eben auch bei der Einkommensverwen-

dung. Kerstin Jürgens empfiehlt, da die „Komplexität des Sozialen“ in Berichtsform schwer zu erfassen sei, eher wenige ausgewählte Themen quantitativ und qualitativ zu erforschen und in ihren Wechselwirkungen darzustellen. Martin Kronauer wünscht sich eine Präzisierung des Interesses am Umbruch: Geht es um die Leistungsfähigkeit des Institutionensystems und um dessen Auswirkungen auf die Menschen?

2. Sozioökonomische Entwicklung – Auf der Suche nach Übersicht

Roland Roth ist einer der ersten Autoren, die den Begriff des „Fordismus“ zur stilisierten Kennzeichnung des historischen Referenzzeitraums der Nachkriegsjahrzehnte in den deutschen sozialwissenschaftlichen Diskurs einführen⁴. Ihn hatte der Verbund um eine kritische Kommentierung seiner Arbeitsdefinitionen zum sozioökonomischen Entwicklungsmodell gebeten. Als Politikwissenschaftler sollte er sich mit der Frage befassen, welchen Anteil Politik und Zivilgesellschaft an der gesellschaftlichen Regulierung haben und wo entscheidende Veränderungen in der Regulationsweise und der institutionellen Ordnung zu beobachten sind. (vgl. Vortragskonzept Roland Roth: Die regulationstheoretische Perspektive.)

Roland Roth: Suche nach Übersicht in regulationstheoretischer Perspektive

Für Roland Roth hebt sich der sozioökonomische Berichtsansatz positiv gegenüber der soziologischen Gewohnheit ab, das allgemeine „Umbruchs- und Zäsurbewusstsein“ mit Zeitdiagnosen zu bedienen, die jeweils ein Element der Veränderung verabsolutierend in den Mittelpunkt eines neuen Gesellschaftsbegriffs stellen: sei es die Risiko- und Multioptionsgesellschaft, die Netzwerkgesellschaft und Bewegungsgesellschaft, die Beschleunigungsgesellschaft, die Erlebnisgesellschaft oder die Wissensgesellschaft. Der vorliegende Bericht teilt zwar die Umbruchdiagnose und verspricht ebenfalls – auch politikberatende – Orientierungen, verzichtet aber auf einen handlichen Gesellschaftsbegriff und ist empirisch anspruchsvoller.

Gemeinsam hat der Bericht mit dem breiten und vielstimmigen Feld der Regulationstheorie, dass Gesellschaftsformationen auf der Verknüpfung („Artikulation“) eines Produktions- und Sozialmodells beruhen, die aufeinander abgestimmt bzw. miteinander kompatibel sein müssen („Kohärenz“). Dafür sorgt eine Vielfalt von gesellschaftlichen Regulationsweisen,

⁴ Hirsch, J. / Roth, R. 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus: Vom Fordismus zum Postfordismus, Hamburg (VSA).

die Regeln und Institutionen ausprägen, in denen widersprüchliche Interessen eingebunden werden. Dieses Gefüge ist dynamisch und krisenbehaftet, aber vergleichsweise stabil, solange Kohärenz gesichert werden kann. Der Bericht macht noch einmal deutlich, dass wichtige institutionelle Arrangements der fordistischen Phase (z.B. Normalarbeitsverhältnis, Ernährerfamilie) an Inklusionskraft verloren haben. Andere Arbeits- und Lebensformen sind im Vormarsch, auf die das bestehende institutionelle Gefüge (z.B. das Bismarcksche Sozialversicherungssystem) keine angemessenen Antworten anbieten kann.

Doch bleibt der Begriff „Entwicklung“ im Bericht eigentümlich leer, weil – im Unterschied zur Regulationsdebatte – darauf verzichtet wird, den ökonomischen Motor der Entwicklung näher zu inspizieren. In der Regulationsdebatte geht es ja darum, ökonomische Prosperitätskonstellationen, neue Produktionsmodelle und deren gesellschaftliche Einbettung zu identifizieren. Wertschöpfung, Wirtschaftswachstum, Renditen bzw. deren Fehlen sind wesentliche Triebkräfte des gesellschaftlichen Umbaus, die durch die ökonomische Dynamik, vor allem durch strukturelle Krisen etc. freigesetzt werden. Aus regulationistischer Sicht „passiert am meisten im Produktionsmodell“. Diesen harten ökonomischen Kern kapitalistischer Entwicklung zu benennen, heißt keineswegs einem ökonomischen Reduktionismus zu frönen und die relative Eigenständigkeit von politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und deren Wechselwirkung zu ignorieren. Niemand geht davon aus, dass „sich die Lebensziele von Individuen vollständig von ökonomischen Interessen kolonialisieren lassen“ (SOFI u.a. 2005: 155). Gesellschaftliche Regulationsweisen (Lohnformen, Arbeitsverträge, soziale Sicherungssysteme etc.) dienen gerade immer erneut der Abstimmung und Vermittlung von ökonomischer Rationalität und dem Eigensinn von Lebensweisen. Aber das regulationstheoretische Vokabular macht ohne Bezug auf Akkumulation und Krise wenig Sinn. Auch wenn wir heute mit ökonomischen Krisenaussagen zu Recht vorsichtig sind, geht es in den letzten beiden Jahrzehnten in erster Linie um die Suche nach neuen Produktions- und Sozialmodellen, die eine neue dauerhafte Prosperitätskonstellation, ein neues „Modell Deutschland“ bzw. einen wettbewerbsfähigen Sozialraum – von der Kommune bis zur EU – versprechen.

Im Bericht selbst wird diese ökonomisch angetriebene Dynamik im Abschnitt über die Reorganisation der Unternehmen überdeutlich. Im Unterschied zum beachtlichen Beharrungsvermögen in vielen Dimensionen der Lebensweise wird dort eine „massive Reorganisationswelle in den 1990er Jahren“ festgestellt, die nicht in neue stabile Organisationsmuster mündete. „Die Reorganisation scheint auf Dauer gestellt und die einzige Stabilität scheint der

Wandel selbst zu sein.“(Ebd.: 323.) Absatzbewegungen vom fordistischen Unternehmensmodell sind deutlich, die Konturen eines neuen stabilen Produktionsmodells liegen jedoch im Nebel (ebd. 331).

Angesichts dieser Dynamik im Produktionsmodell mutet es wie eine Verkehrung an, wenn das Ende der Vollbeschäftigung und steigende Arbeitslosigkeit als Antriebskraft der Veränderung ins Spiel gebracht wird: „Massenhafte unfreiwillige Beschäftigungslosigkeit und unsichere Erwerbsbeteiligung werden auf absehbare Zeit wesentliche Antriebskräfte des Umbruchs im sozioökonomischen Entwicklungsmodell Deutschlands bleiben“ (ebd.: 302). Läge es nicht näher, Freisetzungen als Folge dynamischer Suchbewegungen nach neuen Produktionsmodellen zu begreifen, die in erster Linie für das Sozialmodell, aber nicht für die betriebliche Arbeitskraftnutzung ein „Problem“ darstellen?

Der vorliegende Bericht wirkt „unentschlossen“: er verwendet als gemeinsame Referenz ein formales, lediglich durch „vorsichtige Sammelkategorien“ bestimmtes Produktions- und Sozialmodell, das inhaltlich durch verschiedene konkrete Merkmale des alten „Modell Deutschland“ gefüllt wird. Die sehr pluralistischen Beiträge von 19 Autor/innen aus vier Instituten verstehen sich nicht alle als Beiträge zu einem Modell.

- Im Kapitel II.1 (Teilhabe, Gefährdung, Ausgrenzung) dominiert der Bezug auf Robert Castels „Metamorphosen der sozialen Frage“ und deren Zonen der Erwerbsbeteiligung. Teilhabe ist auch in einigen anderen Berichtsteilen der zentrale Bezugspunkt.
- Im Kapitel II.2 (Flexibilisierung und Subjektivierung der Arbeit) spielen die industriesoziologischen Traditionen der beteiligten Institute eine große Rolle.
- Das Kapitel II.4 (Bildung und soziale Strukturierung) ist ebenfalls eher in der Qualifikationsforschung des SOFI angesiedelt als durch das sozioökonomische Entwicklungsmodell inspiriert.
- Auch die in der Einleitung zentral verwendeten Begriffe der Individualisierung und der Vielfalt kommen aus einer ganz anderen theoretischen Tradition. Und Vielfalt als Ausdruck von zunehmenden „echten“ Wahlmöglichkeiten lässt sich jedenfalls mit Blick auf die präsentierten Daten zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung („die Penetranz des Ernährermodells“), zum berufsständisch segmentierten Bildungswesen oder zur sicheren bzw. unsicheren Erwerbsbeteiligung kaum als gesellschaftlicher Trend behaupten.
- Mit der Lissabon-Strategie, die mit Wettbewerbsfähigkeit, sozialer Inklusion und individueller Wahlmöglichkeiten sehr unterschiedliche Leitbilder kombiniert, und mit dem Re-

kurs auf Nachhaltigkeit werden zusätzliche politisch-strategische Konzepte eingeführt, deren analytischer Gebrauchswert noch zu entdecken ist.

Der Bericht versucht – so Roland Roths Eindruck – zu viele Ansätze zu inkorporieren. Verständigt haben sich die beteiligten Einrichtungen allenfalls auf einen sehr allgemeinen Referenzrahmen, um in den jeweils eigenen theoretischen Traditionen zu bleiben, ohne die Verträglichkeit der verschiedenen Ansätze zu diskutieren. Die Kapitel über Teilbereiche (Themenfelder) sind zumeist nur sehr locker bzw. gar nicht miteinander verknüpft (Bildung, Arbeitslosigkeit, Informatisierung etc.), sondern folgen ihrer Eigenlogik. Sie lassen sich als plausible Bereichsanalysen lesen. Eine Perspektive auf mögliche Wechselwirkungen geben sie nur bedingt frei. Theoretischer Pluralismus ist ebenso legitim wie methodischer. Aber den Anspruch einer „integrierten“ Sozialberichterstattung kann der vorliegende Band so nur begrenzt erfüllen. „Ein deutliches Bild einer Gesellschaft im Umbruch, gar noch ihrer möglichen und umkämpften zukünftigen Konturen, habe ich noch nicht gewinnen können.“

Die Politikempfehlungen, die in den Band eingestreut werden, sind „in der Regel sympathisch, aber nicht systematisch begründet“, ihre Kohärenz bleibt ungeprüft. Sie sind eher an Gerechtigkeits- und Gleichheitsnormen der fordistischen Phase orientiert, als auf ein mögliches neues Entwicklungsmodell bezogen, für das immanent z.B. mehr Ungleichheit erwünscht und produktiv erscheinen kann. Das Plädoyer für eine Infrastruktur zur Erhaltung sozialstaatlicher Mindeststandards; die Überlegungen zur Bedeutung öffentlicher personenbezogener Dienstleistungen und sozialstaatlicher Teilhabe oder zu mehr Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Zonen der Erwerbsbeteiligung, die Forderung nach weniger innerer Segmentierung im Bildungssystem – diese Teilempfehlungen fügen sich nicht zu einem neuen Akkumulationsmodell, möglicherweise stehen sie einer neuen Prosperitätskonstellation eher im Wege. Sie wirken eher formkonservativ. Aus ihnen spricht „keine Inspiration, sondern Trauer über den Verlust“. Die aktuelle Diskussion zu einer stärkeren Entkopplung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung wird nicht aufgegriffen. „Vermutlich sind mit dem Blick auf Zukunftsentwürfe strukturelle Grenzen von Politikberatung auf der Grundlage von Sozialberichterstattung erreicht. Wenn dem so ist, sollten sie auch respektiert werden.“

Seine kritischen Bemerkungen bündelt Roland Roth abschließend zu zwei Nachfragen:

- Wenn sich seit mehr als 30 Jahren Umbrüche und Krisen eines Modells namens „Fordismus“ anhäufen, das selbst in Deutschland allenfalls 20 Jahre prägend war, verliert die Umbruchmetapher an Überzeugungskraft. Muss man sich von der Idee einer Abfolge von Prosperitätskonstellationen verabschieden, d.h. den „Fordismus“ als Ausnahme betrach-

ten? Sind wir bereits längst in einer neuen postfordistischen Phase, mit neuen Merkmalen beim Akkumulationsprozess (globalisiert), bei der Unternehmensform (inter- und transnationale Integration, shareholder value), beim Lohnverhältnis ((Re-)Kommodifizierung, Flexibilisierung), beim Geld und in der Haushalts- und Familienform?

- Lassen sich Phasen kapitalistischer Entwicklung, Umbrüche und Alternativen in der Sozialberichterstattung nur im Modus des Abschieds vom Normalitätsmodell Nachkriegsdeutschlands bzw. der nur teilweise vollzogenen Abschiede (Ernährermodell) erfassen, oder wäre es auch möglich, Potenziale alternativer Zukünfte stärker sichtbar zu machen? Wenn diese Zukünfte bislang eher blass bleiben, liegt dies an der Eigenart sozialstatistischer Arbeitsweisen und konzeptioneller Vorentscheidungen (etwa der, dass allgemeine Charakterisierungen materieller Lebensweisen nur im Rückblick – auf den Fordismus – möglich seien (vgl. SOFI u.a. 2005: 62), oder gäbe es auch alternative Wege? In der regulationstheoretischen Debatte spielt das Denken in neuen Wachstumsmodellen eine zentrale Rolle, eine Fülle alternativer Wege aus der Krise des Fordismus sind inzwischen aufgelistet worden. Wäre es nicht hilfreich, statistisches Material auch so aufzubereiten, dass diese Zukunftspotenziale sichtbarer werden? Schließlich ist auch für den Fordismus seinerzeit „missioniert“ worden. Der Verweis auf die Lissabon-Strategie leistet dies nicht, weil es sich dabei eigentlich um kein Modell handelt und dieser Diskurs gerade in den sozioökonomischen Dimensionen vielen zu vieles verspricht („eingebetteter Neoliberalismus“).

Schließlich formuliert Roland Roth eine Reihe von Wünschen und offenen Fragen für eine Fortsetzung des Berichtsansatzes:

- Im ersten Bericht erstaunt der weitgehende Verzicht auf die Einbeziehung staatlicher Aktivitäten in die Betrachtung des Produktions- und Sozialmodells. Der Staat gehört sicherlich zu den bedeutenden der institutionellen Formen, die für die Beschreibung einer Regulationsweise bestimmend sind. Veränderte Formen der Staatlichkeit (etwa die Tendenz zum „Wettbewerbsstaat“) stehen auch im Zentrum der Suche nach postfordistischen (neoliberalen) Produktions- und Sozialmodellen. Politisch-strategisch wäre es deshalb sehr wichtig, die Entwicklung öffentlicher Dienste und Transfers im Blick zu behalten, um ihren möglichen positiven wie negativen Einfluss auf das Entwicklungsmodell zu gewichten.
- Auch die Ausführungen zur Strukturveränderung der Zivilgesellschaft, zum bürgerschaftlichen Engagement überzeugen Roland Roth eher nicht, weil sie „eher defensiv gestrickt

sind“. Unterschlagen wird die aktive Seite, die „Rebellion der Konsumenten“, d.h. veränderte Ansprüche an soziale Dienste. Zwar gibt es bislang in der Bundesrepublik allenfalls schwache Anzeichen für eine „manufactured civil society“, d.h. für die staatliche Förderung und Inanspruchnahme von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu Lasten staatlicher Einrichtungen, doch wird der Substitutionsblick dem Phänomen nicht gerecht.

- Das nationalstaatliche Container-Modell ist heute für Gesellschaftsbeobachtung weniger plausibel als in fordistischen Zeiten. Räumliche Disparitäten unterhalb des Nationalstaats gewinnen an Bedeutung; gleichzeitig gewinnen transnationale Trends und Einflüsse an Gewicht. Der homogene nationale Raum verliert als Prämisse nationaler Statistiken an Aussagekraft. Produktions- und Sozialräume treten auseinander, es kommt zu „Wettbewerbsföderalismus“. Die Konsequenz kann sowohl sein, Daten kleinräumiger zu disaggregieren, als auch internationale Wachstumsmodellen stärker zu beachten. Rainer Lands überzeugendem Deutungsangebote zur ostdeutschen Entwicklung (doppelter Umbruch, selektive Fragmentierung) fehlt die Rückkopplung für die westdeutsche Entwicklung.

Diskussion

Kerstin Jürgens fragt, was die vom ISF erörterte Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit, die Auflösung kollektiver Formen für die Regulation bedeutet. Man muss auf die Subjekte schauen, und was dort vorgeht, lässt sich nicht regulationstheoretisch erklären. *Rainer Land* bezweifelt, dass es bereits ein funktionierendes neoliberales Wirtschaftssystem gebe. Der Bericht nutzt die Orientierung am kohärenten Modell des Fordismus lediglich, um Abweichungen zu erklären. Auch hat sich dieses Modell nicht komplett aufgelöst. Erwerbsverläufe sind immer noch fordistisch geprägt. Sie „fransen zwar immer mehr aus“, aber normative Vorstellungen orientieren sich immer noch daran. *Holger Alda* fragt danach, wie man supranationale und regionale Vergleiche in nationaler Berichterstattung kombinieren kann. *Roland Roth* räumt Grenzen der Regulationstheorie ein. Sozialer Widerstand – wie etwa die Proteste gegen die Hartz-Gesetze – lässt sich nicht sozialstatistisch abbilden. Deutschland hatte nie ein einheitliches Produktionsmodell. Er empfiehlt, Heterogenität im Bericht zu kennzeichnen und zu besprechen.

3. Politische Diskurse 1 – Was ist dran am europäischen Sozialmodell?

Frieder O. Wolf kennt die politische Bühne der EU sowohl aus der Perspektive politischer Akteure (als Mitglied des Europaparlaments und als Koordinator eines Europäischen Aufrufs

für Vollbeschäftigung wie aus der sozialwissenschaftlicher Forschungskonsortien als Koordinator eines Forschungsnetzwerks zur EU-Strategie nachhaltiger Entwicklung). Ihn hatte der Verbund um eine Einschätzung des Diskurses über ein europäisches Sozialmodell gebeten. (Vgl. Foliensatz Frieder Otto Wolf: Europäisches Sozialmodell.)

Frieder O. Wolf: Europäisches Sozialmodell? Erste Antworten auf gestellte Fragen

Es gibt kein Europäisches Sozialmodell (ESM), und trotzdem ist die Debatte darüber nicht falsch – so lässt sich Frieder O. Wolfs Vorschlag zum Umgang mit diesem Konzept zusammenfassen. Es existiert, wenn überhaupt, als Zielbündel, nicht als ein gemeinsamer Regulierungspfad. Er erläutert dies am Beispiel der Sozialpolitik: Das ESM zielt nicht darauf, einen gemeinsamen Kern der EU-Sozialpolitik zu definieren, sondern es will ein „kohärentes Bedeutungsfeld“ schaffen. Sein gemeinsamer Zielbezug lässt sich funktional beschreiben als ein bestimmtes, in Auseinandersetzung mit der Arbeiterbewegung entstandenes Niveau der Absicherung typischer Lebensrisiken von Lohnarbeit. Niveaus der Zielerreichung lassen sich in einer „europäischen Sozialschlange“ beschreiben und mit Indikatoren etwa der Armutsentwicklung oder des Arbeitsplatzverlusts messen, auch wenn dabei „operativ“ ganz unterschiedliche Kombinationen von öffentlicher Daseinsvorsorge, privater Versicherung, Familien- und Geschlechterverhältnisse, Sozialversicherungssysteme, staatliche Vorsorge und gesetzliche Voraussetzungen von Arbeitsverhältnissen wirken. Dabei vergleicht sich das ESM – bei inereuropäischer Vielfalt – mit außereuropäischen Sozialstaaten.

Die Lissabon-Strategie zur Modernisierung und Verbesserung des ESM ist vor dem Hintergrund der Geschichte der EU-Strategie zu erörtern: vom Vertrag von Maastricht (1992) bis zur EU-Erweiterung 2004, die in ihrer größtmöglichen Form realisiert wurde. Bis in die 80er Jahre wurde die EU von „nationalstaatlichem Wachstums-Keynesianismus“ geprägt. Danach wechselte die Logik der EU-Integration von „Keynes plus“ zu Hayek: Das Ziel war Integration durch Vermarktlichung, und die EU als transnationale Körperschaft sollte dem Einfluss der nationalen Parlamente entzogen werden, um die Rationalität der Märkte durchzusetzen.

Dabei war die Lissabon-Strategie immer beides: Zum einen fungierte sie als ‚Globalisierungsverstärker‘, d.h. sie spitzte den neoliberalen Umbaukurs in den Mitgliedstaaten der EU unter Berufung auf die selbstgesetzten ‚Zwänge‘ der EU zu. Zum anderen machte sie das dabei zu verfolgenden Zielbündel zumindest virtuell komplexer, indem sie Ziele, die über Deregulierung, Privatisierung und Wettbewerbsfähigkeit hinausgingen verbindlich machte – so ambivalente ‚ökonomische‘ Zielsetzungen wie ‚Vollbeschäftigung‘, aber auch zusätzliche soziale und ökologische Ziele. Diese virtuelle Ambivalenz blieb allerdings in der Realität we-

nig wirksam – was sich exemplarisch an dem Schicksal der EU-Strategie der Nachhaltigen Entwicklung (EU SDS) verfolgen lässt, die 2001 in Göteborg als langfristige Ergänzung der Lissabon-Strategie beschlossen wurde. Die erhofften Win-Win-Situationen, die eine reale gesellschaftspolitische Ergänzung der neoliberalen Zielsetzungen ermöglichen würden, haben sich nicht eingestellt. Nachdem sich die Prognose eines IT-Booms, die den Kompromiss von Lissabon ermöglichte, als unrealistisch erwies, wurde die Lissabon-Strategie auch ganz offiziell mehr und mehr den kurzfristigen ‚Leitlinien der Wirtschaftspolitik‘ untergeordnet, anstatt verbindlich auf die langfristigen Nachhaltigkeitsziele bezogen zu werden. Doch auch der Versuch der Kok-Gruppe⁵, deswegen auf die virtuelle Dimension der Lissabon-Strategie, die über das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit hinausgeht, gleich ganz zu verzichten, erwies sich als nicht durchsetzbar.

Zwar haben sich die Ansätze zu einer zivilgesellschaftlichen oder auch nur sozialpartnerschaftlichen Öffnung, wie sie die EU-Kommission seit der Mitte der 1990er Jahre verstärkt propagierte, bisher als Versuche erwiesen, durch direkte administrative Akzeptanzbeschaffung einer verstärkt für EU-Vorgängen sensibilisierten Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten und einem erstarkenden europäischen Parlament entgegenzuwirken. Es fehlt eine EU-Sozialpolitik von unten, die Ziele nicht nur technisch umsetzt. Doch konkurrierende Aktivierungsansätze in Verbindung mit dem Europäischen Parlament können weiterhin mit ‚überraschenden‘ Erfolgen rechnen (wie sich z.B. in der Auseinandersetzung um die Bolkestein-Richtlinie zu Dienstleistungen zeigte).

Die offene Methode der Koordinierung (OMK) ist nur dort rational, wo sie zum einen auf verbindlich und eindeutig definierten Zielsetzungen beruht, die in ihrer Kompensations- und in ihrer Gestaltungsfunktion klar definiert sind, und wo zum anderen die Zielerreichung an Kriterien gemessen wird, die nicht von den Mitgliedstaaten manipulierbar sind. Indikatoren- und Berichtssysteme sollten nicht auf wirtschafts- und sozialstatistisch ohnehin erhobene Daten oder leicht zu bewerkstellende Ergänzungen beschränkt werden, sondern an tiefer greifende sozial- und umweltwissenschaftliche Untersuchungen von Strukturen und Dynamiken anschließen bzw. für deren Weiterentwicklungen offen bleiben.

Das europäische Benchmarking, das die OMK ermöglichen soll, kann die tiefer reichende vergleichende Forschung nicht ersetzen. Immerhin kann es dazu beitragen, Problem- und Lösungszonen in schwerpunktmäßig zu untersuchenden Funktionsbereichen sozialer Siche-

⁵ Kok, W. 2003: Jobs, Jobs, Jobs, Mehr Beschäftigung in Europa schaffen, Bericht der Taskforce Beschäftigung, Brüssel.

nungssysteme zu identifizieren. Auch europäisches Benchmarking kann einen Beitrag zur Anregung der politischen Phantasie leisten – allerdings nur neben einer umfassenderen Betrachtung minoritärer bzw. alternativer Entwicklungsansätze in der jeweils eigenen Geschichte der Länder, in denen die politische Debatte geführt wird. Und natürlich funktioniert Benchmarking nicht im Sinne eines Modell-Shopping, also einer beliebigen Kombination verschiedener Praktiken.

Solange der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht neu bestimmt und das Verfahren bei der Erarbeitung der ‚Leitlinien der Wirtschaftspolitik‘ nicht verändert wird, ist weiterhin damit zu rechnen, dass auch die erneuerte Lissabon-Strategie ihre ökonomischen Ziele verfehlt und schon gar nicht die ‚Win-Win-Situationen‘ herbeiführt, die eine relevante Berücksichtigung längerfristiger sozialer und ökologischer Zielsetzungen ermöglichen würden.

Diskussion

Alle Diskussionsbeiträge beurteilen die Möglichkeiten, am EU-Diskurs zur Lissabon-Strategie anzuknüpfen, mit großer Skepsis.

Hansvolker Ziegler merkt an, das Nachhaltigkeitsparadigma sei weder wissenschaftlich geklärt noch politisch durchsetzbar, führt dies aber auch auf ein „Versagen der wissenschaftlichen Zulieferung“ zurück.

Heinz-Herbert Noll hält den Begriff „Europäisches Sozialmodell“ für „so vielfältig wie unklar“, so dass man allenfalls sehr pragmatisch daran anknüpfen kann. Was für ein Modell ist überhaupt gemeint? Ein Auslaufmodell, ein Realmodell, ein Minimalmodell mit Zukunftscharakter oder ein idealtypisches Modell davon, wie es sein sollte? Ist es ein nationalstaatliches Modell oder ein supranationales Modell, was durch die EU entstehen soll? Der internationale Vergleich mit anderen Ländern und die Suche nach „best practice“ sind heute wichtiger als der Vergleich „mit den eigenen alten Zeiten“. Die OMK ist zwar ein „softes“ Steuerungsinstrument, aber auch sie kann sanktionieren – durch „naming and shaming“.

Anne Karras sieht die Wirtschaft – Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerb – von Anfang an im Mittelpunkt der Lissabon-Strategie. Das Ziel war, viele möglichst billige und möglichst gut ausgebildete Beschäftigte und somit mehr Wettbewerb am Arbeitsmarkt zu haben.

Waltraud Cornelißen räumt zwar ein, dass man am ESM nicht vorbeikommt. Doch das Ziel, alle über Erwerbsarbeit abzusichern, bewertet sie aus der Geschlechterperspektive kritisch: Viele Frauen leisten unbezahlte Fürsorgearbeit, und der Bedarf danach wird auch nicht abnehmen, da man sich um immer mehr alte Menschen kümmern muss.

Peter Bartelheimer fragt, ob der Diskurs über die Lissabon-Strategie angesichts der Zielverfehlungen überhaupt das Produktionsdatum für soeb 2 (2008) überstehen kann.

In seinem Schlusswort erinnert *Frieder O. Wolf* daran, dass auch virtuelle, kulturelle und ideologische Prozesse real sind. Der Nachhaltigkeitsdiskurs hat bisher allen versuchen widerstanden, ihn zu „versenken“. Der Begriff der Nachhaltigkeit wird nur klar, wenn man ihn auf die gesellschaftliche Reproduktion bezieht. Bei wirtschaftlicher Nachhaltigkeit gilt das Primat der Kapitalakkumulation. Das ESM ist ein Realmodell in dem Sinn, dass es real gemeinsame Ziele benennt. Man muss zwischen Benchmarking und internationalem Vergleich unterscheiden. Gefordert ist eine Übersetzungsleistung: Was hieße das Poldermodell in Deutschland? Zwar „läuft nur, was die nationalen Regierungen wollen“. Aber anhand eines Indikatorenbündels kann man durchaus Konvergenz zwischen Ländergruppen beobachten. Das ESM ist unkämpft, und man soll es nicht fallen lassen. Die Lissabon-Strategie wird sicher bis 2010 nicht abgeschafft. Sie ist für die europäische Politik, was man in der Architektur ein „spanisches Fenster“ nennt: Als Fenster funktioniert es nicht, aber für die Symmetrie ist es nötig.

4. Lebensführung, Lebensverlauf, Milieus – Das Konzept der Lebensweise im Spiegel anderer Ansätze

Gemeinsam ist den Beiträgen in diesem Diskussionsblock der Bezug auf das in soeb 2 entwickelte Konzept der Lebensweise: Wie kann diese sozioökonomische Kategorie besser bestimmt werden, und wie verhält sie sich zu anderen Konzepten der Forschung und Berichterstattung?

4.1 Geschlechtergerechtigkeit

Mit dem kommentierten Datenreport zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundesrepublik (im Auftrag des BMFSFJ) wurde die sozialwissenschaftliche Berichterstattung um eine äußerst differenzierte empirische Darstellung von geschlechtsspezifisch geprägten Lebensweisen und deren institutionelle Prägung ergänzt. Der Verbund hatte die Herausgeberin dieses Datenreports, *Waltraud Cornelißen* (DJI), um einen Beitrag zu Geschlecht als soziale Strukturkategorie in der Berichterstattung gebeten. (vgl. Foliensatz Waltraud Cornelißen: Geschlechtergerechtigkeit in Deutschland.)

Waltraud Cornelißen: Optionen der Sozialberichterstattung zur Geschlechtergerechtigkeit in Deutschland

Waltraud Cornelißen stellt zunächst einige der Indikatoren vor, die weltweit (etwa im Human Development Report der UN) für den Geschlechtervergleich genutzt werden.

- In den Gender Related Development Index (GDI) gehen die Lebenserwartung in Jahren, die Bildungsabschlüsse in %, der Prozentanteil an Analphabeten, die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit für Männer und Frauen ein.
- Das Gender Empowerment Measure (GEM) wird auf der Grundlage der Relation von Frauen- zu Männerlöhnen in % und der Prozentanteile von Frauen in Parlamenten und Regierungen sowie an Führungskräften in der Wirtschaft berechnet.

Deutschland nimmt beim allgemeinen Entwicklungsindex Platz 18, beim GDI dagegen Rang 15 und beim GEM Rang 8 ein (Human Development Report 2003).

Als Gender Budgeting werden Verrechnungssysteme bezeichnet, mit denen die Geschlechtergerechtigkeit öffentlicher Ausgaben und Transferleistungen geprüft werden soll. Sie berücksichtigen, welcher Anteil von Dienstleistungen und von öffentlichen Geldern Frauen und Männern zu Gute kommt, welche Kosten welches Geschlecht verursacht, welche Einnahmen es dem Staat sichert (Steuern) und wie viel gesellschaftlich nützliche Arbeit Frauen und Männer leisten. Man könnte z.B. fragen: „Wie viel kostet die hochriskante männliche Sozialisation?“ Bei der Entwicklung dieser Verrechnungssysteme sind allerdings noch „tausend Zurechnungsfragen“ offen.

In der EU wird derzeit soziale Ungleichheit mit einem noch sehr unscharfen Begriff sozialer Exklusion beobachtet. Kieselbach/Beelmann (2003)⁶ unterscheiden sechs Aspekte der Ausgrenzung: Arbeitsmarktexklusion, ökonomische und institutionelle Exklusion, Exklusion durch soziale Isolierung, kulturelle und räumliche Exklusion – wobei einige dieser Dimensionen die Frage aufwerfen, wie „Selbstdistanzierung der Betroffenen“ von der Mehrheitsgesellschaft bewertet werden soll.

Der Begriff der „Lebensqualität“ ist, so Waltraud Cornelißen, zu Unrecht „aus der Mode gekommen“ – er eröffnet Zugang zu Dimensionen wie Sicherheit durch Solidarität, Selbstverwirklichung und Balancen zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit. Gewalt kann als Beeinträchtigung von Lebensqualität thematisiert werden. Zufriedenheit und Glück tauchen als eigenständige Kategorien der Lebensqualität auf.

⁶ Kieselbach/Beelmann (2003): Arbeitslosigkeit als Risiko sozialer Ausgrenzung bei Jugendlichen in Europa; In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe B 6-7/2003: 32-39.

Das Konzept des Handlungsspielraums ist entscheidend für die Bewertung von Lebenslagen. Enders-Dragässer/Sellach (2000)⁷ haben den fünf von I. Nahnsen unterschiedenen Lebenslagedimensionen: Versorgungs- und Einkommensspielräumen, Kontakt- und Kooperationsspielräumen, Muße und Regenerationsspielräumen (was auch Daten zu Arbeitsbedingungen, Zeitnot und Zeitwohlstand einschließt) sowie Dispositions- und Partizipationsspielräumen (im öffentlichen Raum, im Beruf und in persönlichen Beziehungen) zwei weitere hinzugefügt: Zum Sozialbindungsspielraum rechnen sie etwa die Möglichkeit, Care-Aufgaben zu übernehmen oder zurückzuweisen, und Schutz- und Sicherheitsräume ermöglichen, Gewalt im Geschlechterverhältnis zu thematisieren.

Lebensqualität lässt sich u.a. operationalisieren als Übereinstimmung von gewünschter und realisierter Lebensweise. Insofern lohnt es sich, in der Sozialberichterstattung auf Datensätze aus Befragungen zurückzugreifen, mit denen die Lebensweise und die subjektiven Lebenswünsche etwa in weiblichen Lebensläufen erfasst werden (z.B. Kinderwunsch, Bildungsaspirationen, Interesse an Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung, Interesse an Zeit für Care, Bedarf an Kinderbetreuung).

Entscheidend ist dabei die Passung gewünschter und vorhandener Handlungsspielräume. Aus einem generellen Mehr an Optionen kann nicht unbedingt auf höhere Lebensqualität geschlossen werden. Eine große Auswahl von Bildungswegen, mehr Freizeit, mehr soziale Kontakte müssen nicht immer zur Optimierung des eigenen Lebens beitragen, selbst mehr Geld hilft nicht immer weiter. Es kommt darauf an, ob in jeder Lebensphase die subjektiv „richtigen“ Lebensbedingungen vorzufinden sind, die nämlich, die nötig sind, um das eigene Leben möglichst weitgehend nach eigenen Wünschen gestalten zu können. Das Konzept des Handlungsspielraums ermöglicht es, sowohl dem geschlechterdifferenzierten Zuschnitt von Gelegenheitsstrukturen als auch dem geschlechterdifferenzierten Zuschnitt von Interessen und Wünschen Rechnung zu tragen.

Berichterstattung, die sich an diesem Konzept orientiert, sollte sensibel für die verschiedenen Dimensionen des sozialen Raums sein. Aufschlussreich ist auch, welche Gruppen von Frauen und Männern besondere Diskrepanzen im Hinblick auf ihr subjektives Wohlergehen (Zufriedenheit und Glück) aufweisen.

⁷ Enders-Dragässer, U./Sellach, B. 2000: Der „Lebenslagen-Ansatz“ aus der Perspektive der Frauenforschung, in: Zeitschrift für Frauenforschung 4/2000: 56-66.

Schließlich wirft Waltraud Cornelißen die Frage auf, ob Berichterstattung die Geschlechterdifferenz verfestigt, indem sie diese aufzeigt. Gegen dieses Risiko stellt sie eine Reihe von „Lösungswegen“ zur Diskussion:

- Neben der Geschlechterdifferenz müssen andere Ungleichheiten sichtbar gemacht werden.
- Differenzen und Ungleichheiten innerhalb jeder Geschlechtergruppe müssen aufgezeigt werden.
- Wechselwirkungen und Bezüge zwischen Kategorien müssen sichtbar gemacht werden.
- Die historische Entwicklung der Differenz muss aufgezeigt werden.
- Kontexte der gegenwärtigen Konstruktion von Geschlecht müssen einander vergleichend gegenüber gestellt werden.
- Neue Dimensionen der Ungleichheit müssen berücksichtigt werden, um alte Paradigmen und alte Zuweisungen zu durchkreuzen.
- Statt nur die verbliebenen Differenzen in immer spezielleren Gruppen zu analysieren, muss Forschung die Angleichung und Gleichheit thematisieren.

Diskussion

Im Mittelpunkt der Diskussion steht das Konzept des Handlungsspielraums. *Ortrud Leßmann* plädiert für eine „Rückbesinnung“ auf diesen Begriff. *Heinz-Herbert Noll* verweist auf das Ressourcenkonzept im schwedischen „level-of-living“-Ansatz der Sozialberichterstattung, das nach seiner Ansicht das Konzept der Fähigkeiten und Verwirklichungschancen von Amartya Sen vorwegnahm. Da jede Berichterstattung nach Geschlecht differenziert, ist für ihn die Frage, was eine geschlechterspezifische Sozialberichterstattung ausmacht, weiter offen. Und er verweist darauf, dass eine Analyse von Umverteilung zwischen den Geschlechtern Verteilungswirkungen zwischen Haushalten erfasst, nicht solche zwischen Personen. *Rainer Land* betont die Bedeutung subjektiver Lebensführungsmodelle: Für den Handlungsspielraum ist es ein Unterschied, ob jemand bei defizitären Ressourcen eine echte Lebensperspektive hat oder ob etwa ALG-II-Empfänger mit ihrem Geld auskommen, aber in Perspektivlosigkeit leben. Während der Fordismus Lebensentwürfe vorgeformt hat, könnte heute die „Chaotisierung des Regulationssystems“ einen Gewinn an Handlungsspielraum bewirken. Für *Frieder O. Wolf* hat das Konzept des Handlungsspielraums dem der Ressourcen voraus, dass es an Personen gebunden ist und danach fragt, was eine Person mit ihren eigenen Ressourcen und den öffentlich bereitgestellten (Dienst-) Leistungen erreichen kann.

In ihrem Schlusswort betont *Waltraud Cornelißen*, dass Handlungsspielräume und Gelegenheitsstrukturen durch einen Mix an eigenen und staatlichen oder öffentlichen Ressourcen

entstehen; zu fragen ist daher auch nach den Gelegenheitsstrukturen bereitgestellter Dienstleistungen und Institutionen und nach dem Einfluss unterschiedlicher Kompetenzen bei ihrer Nutzung. Der Geschlechteransatz in der Berichterstattung berücksichtigt etwa, dass bestimmte Lebenssituation in den Lebensverläufen von Männern nicht auftauchen oder dass kinderlose Frauen und Männer und Frauen mit mehreren Kindern „disparate Lebensverläufe“ aufweisen. Zu berücksichtigen sind sowohl unterschiedliche Lebenssituationen von Männern und Frauen als auch Ausdifferenzierungen innerhalb der Geschlechtergruppe, etwa in bezug auf die soziale Absicherung.

4.2 Alltägliche Lebensführung

Der Beitrag von *Kerstin Jürgens* sollte der Frage nachgehen, wie sich das Konzept der alltäglichen Lebensführung zu dem der Lebensweise verhält und welchen Beitrag es zur Beobachtung sozialer Ungleichheit leisten kann.

Kerstin Jürgens: Alltägliche Lebensführung und soziale Ungleichheit

Das maßgeblich von Karl M. Bolter, Günther Voß, Werner Kudera, Kain Jurczyk, Maria Rerich und anderen entwickelte Konzept der alltäglichen Lebensführung fragt subjektorientiert nach dem konkreten Tun: Was tun Menschen, um so zu leben wie sie leben? Wie synchronisieren und koordinieren sie Alltagstätigkeiten? Der Vorteil dieses Konzepts liegt für *Kerstin Jürgens* darin, dass es zum einen Handlungspraxen theoretisch beleuchtet und zum zweiten eine wirklich konsequente Perspektiverweiterung auf die Arbeit außerhalb von Erwerbsarbeit vornimmt. Der erweiterte Arbeitsbegriff, den der Ansatz zugrunde legt, teilt Arbeit nicht in zwei Segmente, Erwerbsarbeit auf der einen Seite und Familien- und Hausarbeit, Ehrenamtliche Arbeit oder Eigenarbeit auf der anderen Seite. Vielmehr geht es um das Herstellen eines Gesamtarrangements von Arbeit und Leben. Dieses umfasst sowohl die Arbeitsleistungen in den einzelnen Lebensbereichen als auch die Arbeit der Integration dieser sehr unterschiedlichen Arbeitsanforderungen, also auch die Abfederung von Widersprüchen, die zwischen den Lebensbereichen entstehen.

Eine Gemeinsamkeit mit dem Begriff der Lebensweise in der sozioökonomischen Berichterstattung sieht Kerstin Jürgens in der Abgrenzung zum Begriff des Lebensstils, der eher Fragen der Stilisierung, des Geschmacks und der Konsumorientierung meint, und im Interesse an der „materiellen Basis solcher Selbststilisierung. Doch würde sich die Lebensführungsforschung aber auch nicht auf die materielle Basis reduzieren lassen. Lebensführung hängt natürlich davon ab, welche Ressourcen zur Verfügung stehen und welche Arbeits- und Lebensbe-

dingungen angetroffen werden, aber der Ansatz betont „die Praxis der Regulation von Arbeit und Leben durch die Person selbst“. Zudem handelt es sich um einen rein qualitativen Forschungsansatz, der daher nur begrenzt mit der sozioökonomischen Berichterstattung kompatibel ist.

Der Ansatz soll Handlungsformen und Handlungsmuster in der qualitativen Forschung, zu operationalisieren und zu identifizieren helfen. Er liefert bestimmte Auswertungsdimensionen wie Zeit, Raum, Sachen, Inhalte, mediale Nutzung, Emotionen, etc. Zum anderen liefert das Konzept Idealtypen alltäglicher Lebensführung und zeigt gleichzeitig Realtypen, die in der empirischen Lebensführung fundiert sind. In der Arbeitsforschung lassen sich etwa die Arbeiter nennen, die eine eher traditionelle Lebensführung haben, die Entwickler, die eine sehr strategische Lebensführung praktizieren, sowie Journalisten, die sich eher situativ, spontan, ad hoc den Arbeits- und Lebensbedingungen anpassen. Vielleicht entspricht dieser situative Typus von Lebensführung am ehesten einer flexiblen und voll mobilen Arbeitsgesellschaft.

Selbstverständlich ist Lebensführung „hochgradig differenziert“; allerdings ergeben sich die Differenzierungen nicht allein aus den Bedingungen, die Menschen vorfinden, sondern auch aus der Eigenlogik ihrer Praxis. So halten Beschäftigte, die zuvor in sehr starren Arbeitszeitregimen gearbeitet haben, auch in neuen hoch flexiblen Arbeitszeitmodellen, die auf Zeiterfassung verzichten, an der Trennung von Arbeit und Leben fest und etablieren eine eigene Zeiterfassung: Das zeigt, dass sie eine eigene Logik der Lebensführung beibehalten haben, welche als eine Form der Bewältigung gewertet werden kann, um sich an den Wandel anzupassen. Trotz der Stärken dieses Ansatzes, der rein qualitativ ist, möchte ich folgend auf die Grenzen des Konzepts eingehen.

Die Grenzen des Konzepts liegen, so Kerstin Jürgens, in der Vernachlässigung des Ungleichheitsaspekts und der Sozialstruktur. Man erfährt in diesem Konzept weder etwas über die Ursachen von Lebensführung, noch sind in der Lebensführungsforschung die betrieblichen und gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse systematisch untersucht worden. Wie kommt es eigentlich zu einem Modus von Lebensführung? Welcher Bezug besteht zum Milieu, zum Bildungsniveau, etc.? Welche Folgen hat ein bestimmter Modus von Lebensführung im Lebenslauf und worin unterscheidet sich eigentlich die Lebensführung zwischen den Geschlechtern?

Gelingende oder misslingende Synchronisation von Arbeit und Leben reproduziert auch soziale Ungleichheit. Nötig wäre deshalb erstens, die Unterschiede zwischen den Geschlechtern auszuleuchten. Bei Frauen kommt in der Regel mit der privaten Sorgearbeit („Caring“)

ein ganzer Arbeitsbereich hinzu. Daraus folgt, dass Lebensführung im weiblichen Lebensalltag weit komplexer ist. In der Regel erfordert er auch ein anderes zeitliches und sonstiges Koordinationsmanagement. Zum anderen hängt ein Modus der Lebensführung natürlich auch vom Bildungs- und Qualifikationsgrad ab. In Bildungsprozessen werden unterschiedliche Kompetenzen von Lebensführung erworben: im Studium wird zum Beispiel bereits ein hohes Maß an Selbststeuerung und Selbstmanagement vermittelt, was später auch vom Arbeitgeber offensiv abgefragt und genutzt wird. Kerstin Jürgens Resümee: Das Konzept der Alltäglichen Lebensführung hat bislang noch keinen Anschluss an die Sozialstrukturanalyse gefunden. Ihre These ist dazu, dass sich diese Ungleichheit der Lebensführung nicht unbedingt mit den klassischen Ungleichheitskriterien decken wird. Die Ungleichheit der Lebensführung ergibt sich nicht einfach aus dem Bildungsgrad oder der Lebensform, sondern auch daraus, welche Formen von Lebensführung in der Gesellschaft eher belohnt und welche eher negativ sanktioniert werden. Die Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen, die wir gegenwärtig in der Arbeitswelt erleben, favorisieren natürlich eher ein situatives Anpassen. Dadurch sind die Beschäftigungschancen der Beschäftigten, die es schaffen, ad hoc den Lebensort zu wechseln und sich zeitlich flexibel anzupassen, ungleich größer.

Einen methodischen Schwachpunkt des Ansatzes sieht Kerstin Jürgens darin, dass er rein qualitativ konzipiert wurde und daher Schnellschlüsse nahelegt: etwa den von der Berufsgruppe, zum Beispiel den Journalisten, auf eine situative Lebensführung.

Eine Möglichkeit, das Konzept der alltäglichen Lebensführung mit der sozioökonomischen Berichterstattung zu verknüpfen, bestünde nach Kerstin Jürgens im Versuch, soziale Strukturierung und Regulation subjektorientierter zu konzipieren: Regulierung ist noch sehr stark auf die Bedingungen ausgerichtet, die das Handeln des Einzelnen beeinflussen. Aber wie regulieren sich einzelne Menschen und welche Ressourcen brauchen sie, etwa um heutzutage ihre Position auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten oder um überhaupt in den Arbeitsmarkt integriert zu bleiben? Diese Frage wird sicherlich in einem entgrenzten Kapitalismus noch an Bedeutung gewinnen und sie hängt maßgeblich mit der Lebensführung zusammen, die hier als Ressource wirkt: Zum einen als Fähigkeit, mit einem Wandel umzugehen, sich anzupassen und Arbeitsprozesse selbst zu regulieren. Zum anderen als ein Gespür dafür, Arbeit und Leben insgesamt so zu regulieren, dass man sich selbst als Person erhält, seine Arbeitskraft immer wieder reproduziert, auch wenn sich keine Gewerkschaft und kein Betriebsrat für diese Regulierung verantwortlich fühlen, und dass man seine soziale Integration durch den Selbsterhalt nicht gefährdet. Diese Handlungsanforderungen werden Beschäftigten im Unternehmen

Tag für Tag abverlangt, und diese Handlungsleistungen sind auch gesellschaftlich enorm funktional. Sobald man eine ganz enge betriebswirtschaftliche, kurzfristige Gewinnerorientierungsperspektive verlässt und die volkswirtschaftliche Sicht einnimmt, wird offenkundig, dass die Folgekosten misslingender alltäglicher Lebensführung ganz immens sind. Das zeigt sich im Verzicht auf Kinder oder in den Krankenkassenberichten, nach denen sinkende Krankenstände mit zunehmenden psychosomatischen Erkrankungen und längeren Krankschreibungen einher gehen.

Die sozioökonomische Berichterstattung könnte durch Rückgriff auf vorliegende qualitative Studien Hintergründe des Wandels von Arbeit und des Wandels von Alltagsleben näher ausleuchten. Zum Beispiel sollte man nicht nur beobachten, wie viele Männer und wie viele Frauen in welchen Altersgruppen an Bildung partizipieren, sondern es sollte hinterfragt werden, in welchen Bildungseinrichtungen Kompetenzen vermittelt werden, die Menschen befähigen, diesen Wandel der Arbeitsgesellschaft mitzumachen: Welche Kompetenzen sind erforderlich für den Einsatz in einer entgrenzten Arbeitswelt? Was tun Familien, um gemeinsame Sozialzeit aufrechtzuerhalten, damit es nicht zu Konflikten oder zur Trennung kommt? Dabei geht es wirklich um das Wie. Diese Leistungen werden nicht im Bildungsabschluss deutlich, und auch nicht in der Verteilung von Arbeits- und Familienzeit: Ist das Familienleben eher ein Nebeneinander im Stress, oder ist auch gemeinsame Sozialzeit möglich? Natürlich kann die sozioökonomische Berichterstattung dies nicht selbst erforschen. Es wäre aber vielleicht möglich, offensiv Fragen zu formulieren, um darauf hinzuweisen, dass in den einzelnen Forschungsgebieten noch Fragen offen und zu beforschen sind.

Kerstin Jürgens beendet ihren Beitrag mit einigen Anmerkungen zum Thema Zeit:

- Im Bericht wird zwischen Zeitruhestand als quantitativer Dimension und Zeitsouveränität als qualitativer Dimension unterschieden. Sie empfiehlt einen ganzheitlichen Begriff von Zeitwohlstand als Kombination aus Verfügung über ein gewisses Quantum an Zeit und aus Mitsprache bei der Verteilung und Nutzung von Zeit. Ein solcher Zeitwohlstand böte auch ein Gegenmodell zu Güterwohlstand.
- Den Wandel von Zeitmustern als veränderte Verteilung von Tätigkeiten in der Zeit zu untersuchen, erfasst nicht, welche Belastungen durch die Gestaltung von Arbeitszeit entstehen. Es kann somit keine Aussage über die möglichen gesundheitlichen Risiken von flexibilisierten Arbeitszeiten getroffen werden. Mit dem Konzept der alltäglichen Lebensführung wäre eher erkennbar, welche Belastungen sich zum Beispiel durch Arbeitszeitverlängerungen ergeben.

- Die Regulierung von Arbeit und Arbeitszeit findet zunehmend auf Ebene der Personen statt, d.h. weniger über kollektive Akteure, sondern zunehmend über den Einzelnen. Bei der sogenannten „Individualisierung des Arbeitskonflikts“ wäre es wichtig, auch die Veränderungen kollektiver Interessenvertretungsstrukturen mehr in den Blick zu nehmen. Denn für das deutsche Produktions- und Sozialmodell war der „Deal“ zwischen den Tarifparteien immer kennzeichnend

Durch den Wandel von Erwerbsarbeit und durch die sozialpolitischen Veränderungen wird die individuelle Handlungspraxis als eine Art von Organisation des Lebens an Stellenwert gewinnen. Um die Folgen abzuschätzen, muss man rechtzeitig neue Polarisierungen auch zwischen Beschäftigtengruppen identifizieren und Ungleichheitslagen erkennen.

Diskussion

Die Diskussion zu diesem Beitrag beschränkt sich auf Nachfragen: In welchem Verhältnis stehen quantitative Ansätze wie „work-life-balance“ zum Konzept der alltäglichen Lebensführung (*Petra Böhnke*)? Wie verhalten sich Handlungsspielraum und Lebensführung zu einander (*Peter Bartelheimer*)? In ihrer Schlussbemerkung betont *Kerstin Jürgens* noch einmal, dass nach ihrer Ansicht die Frage, woher die Varianz in der Lebensführung kommt, unzureichend erforscht ist. Das Konzept der work-life-balance kam erst spät aus US-Unternehmenskontexten nach Deutschland. Handlungsspielräume stellen sich über Bedingungen her. Dagegen würde Günther Voß sagen: Lebensführung wählt man nicht, die hat man. Zur Erklärung wären auch Milieus oder Habitus zu betrachten.

4.3 Soziale Milieus

Mit *Heiko Geiling* wollte der Verbund vor allem die Frage erörtern, welchen Beitrag die Milieuforschung und Raumbilder zur empirischen Abbildung sozialer Ungleichheit in der Sozialberichterstattung leisten können.

Heiko Geiling: Soziales Milieu und sozialer Raum

Der erste Bericht zur sozioökonomischen Entwicklung hatte in *Heiko Geilings* Wahrnehmung vor allem die Funktion; „einen Pfad in das Dickicht der Sozialstatistik zu schlagen“. Doch viele Daten, die dort erhoben werden, erscheinen ihm zunächst als „statistische Artefakte“, die mit dem Sozialmodell oder der Lebensweise wenig zu tun haben.

In seinem Beitrag stellt Heiko Geiling dar, was die Hannoveraner Autorengruppe von „Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel“ (1993/2001)⁸ unter sozialem Milieu versteht. Im Sinne von Emile Durkheim und Pierre Bourdieu meint Milieu nichts anderes als einen soziokulturellen Vergemeinschaftungszusammenhang, den es schon immer in allen Gesellschaften und zu allen historischen Zeiten gegeben hat und der seine spezifische Form in Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Bedingungen annimmt, beispielsweise als Stand, Klasse oder Schicht.

Nach Durkheim sind Milieus aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, aus räumlichen Nachbarschaftsbeziehungen und auch aus Verwandtschaftsbeziehungen zu erklärende Zusammenhänge, die sich dadurch auszeichnen, dass sie einen Korpus moralischer Regeln hervorbringen. Ein solcher moralischer Habitus meint, was auch Bourdieu unter Habitus versteht: keine vergängliche oder substantialisierte Form, sondern ein Prinzip der Organisierung des eigenen Lebens, Habitus als unabhängige Variable, die sich symbolisch darstellen lässt.

Das wirft natürlich die Frage auf, welche Rolle dabei anderen gesellschaftlichen Ressourcen wie z.B. Bildung zukommt, die man aus der Schichtungssoziologie kennt. Jetzt entsteht natürlich sofort die Frage, was mit den übrigen üblichen gesellschaftlichen Ressourcen wie beispielsweise Bildung und all das, was wir aus der Schichtungssoziologie kennen ist. Bei Bourdieu sind es die äußere soziale Stellung oder äußere soziale Merkmale, welche die Ausprägung oder Herausbildung eines spezifischen Habitus beeinflussen und dafür entscheidend sind, wie Menschen aus einem bestimmten sozialen Milieu mit Handlungsspielräumen umgehen. Bourdieu sagt, es sei oft viel schwieriger, Millionär zu sein als Millionär zu werden. Wer Millionär geworden ist, kann den Handlungsspielraum, der sich ihm auf einmal ergibt, aufgrund seines Habitus und seiner Habitusdisposition nicht bewältigen. Das ist eine wesentliche Problematik im Umgang mit solchen Begriffen wie Handlungsspielräumen. Begebe ich mich in einen sozialen Raum in der Gesellschaft, signalisiere ich ein Interesse. Es kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass alle diese Leute, die dies tun, für sich die gleichen Bedingungen in Anspruch nehmen können. Der Handlungsspielraum ist für alle scheinbar gleich, aber die Bedingungen und Voraussetzungen, die wir mit Habitus bezeichnen, sind völlig unterschiedlich.

Wir haben die Milieus der alltäglichen Lebensführung im sozialen Raum in einer visuell schematisierten Form dargestellt. Die vertikale Dimension nennen wir die Herrschaftsachse

⁸ Vester, M./Oertzen, Peter v./Geilig, H./Hermann, Th./Müller, D. 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Zwischen Integration und Ausgrenzung (vollständig überarbeitete, erweiterte und ak-

und die horizontale Differenzierungsachse – klassisch könnte man diese auch als Achse der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bezeichnen.

Diese über die unabhängige Variable Habitus identifizierten Milieus lassen sich natürlich auch entsprechend der sozialstrukturellen Merkmale, die jedes Milieu für sich repräsentiert, in eine räumliche Position bringen und darüber wird deutlich gemacht, dass es dort soziale Differenzen nicht nur zwischen oben und unten gibt, sondern auch zwischen links und rechts in der Horizontalen. Diese sozialen Differenzen sind nachweisbar in der alltäglichen Lebensführung bzw. im Umgang mit Ressourcen.

Auf diese Weise lassen sich auch verschiedene Generationen darstellen. Nimmt man eine Milieudifferenzierung vor, so wird deutlich, dass in den so genannten oberen Schichten oder Milieus – bei gleichem durchschnittlichen Bildungsniveau – mit Bildung ganz unterschiedlich umgegangen wird. Ob jemand aus einem bildungsbürgerlichen Haushalt oder aus einem gehobenen kleinbürgerlichen Haushalt kommt, macht dabei offenbar sehr viel aus. Im so genannten modernen Arbeitnehmermilieu haben 40% Abitur und 15% den Hochschulabschluss, aber dass jemand Abitur hat oder einen Hochschulabschluss, ist noch lange keine Garantie, dass er zu dem entsprechend positiv privilegierten Teil der Bevölkerung gehört. Aufschlussreich wäre aus dieser Perspektive eine stärkere Berücksichtigung von schichtungssoziologischen Datenbefunden, auf die man diese Milieuperspektive anzulegen versuchen könnte.

Im Rahmen des Bund-Länder Programms soziale Stadt haben wir auf einen von uns untersuchten Stadtteil nach diesem Muster eine Raumperspektive angelegt. Wir haben auf einer Achse die soziale Lage abgetragen und auf der anderen das, was wir Habitus nennen. In diesem Raum lassen sich Nähe und Distanz zwischen Stadtteilakteuren abbilden und interpretieren. Das ist nur so etwas wie eine heuristische Perspektive, die man interpretieren muss, weil es immer wieder Einrichtungen gibt, die zwischen den Milieus vermitteln, und die somit fast einen korporativen Charakter haben, weil sie institutionalisiert und anerkannt sind. Diese räumliche topologische Perspektive hat Anregungsqualität für etwas, was oft Daten allein nicht preisgeben können. Die Frage ist nur, wie das im Rahmen einer Berichterstattung passieren kann.

Zur Erweiterung des sozioökonomischen Berichtsansatzes empfiehlt Heiko Geiling, Konsummuster in die Beobachtung einzubeziehen, dabei die akademische Distanz zur Markt- und Meinungsforschung ein wenig aufzuheben und dort nach Kooperationsmöglichkeiten zu suchen.

Diskussion

Mehrere Diskussionsbeiträge fragen skeptisch nach dem Zusammenhang zwischen sozialem Milieu und Lebenslage: Anhand welcher Merkmale definiert die Hannoveraner Autorengruppe Milieus, und aufgrund welcher sozialer Gegebenheiten wird eine Milieudefinition verändert? Gibt es Mobilität zwischen Milieus? Welche Wechselwirkungen gibt es zwischen Lebensstil und Milieu? In seiner Antwort beschreibt *Heiko Geiling* die 1991 konzipierte Repräsentativbefragung (n=7.200), die Deutungs- und Interpretationsarbeit und die qualitative Überprüfung der verwendeten Milieuindikatoren. Aus seiner Sicht gibt es so gut wie keine Milieumobilität; entscheidend für die Zugehörigkeit zu einem Milieu sind demnach Familiengeschichten.

4.3 Lebensverlauf

In soeb 1 blieb die Analyse von Lebensverläufen auf wenige Merkmale des Erwerbsverlaufs begrenzt. Der Verbund hatte *Karin Kurz* darum gebeten, vor dem Hintergrund ihrer umfassenden Verlaufsanalysen zum Erwerbsverhalten darüber zu sprechen, wie der Wandel von Bildungs- und Erwerbsverhalten anhand von Längsschnittdaten in der Berichterstattung identifiziert und dargestellt werden kann. (Vgl. Foliensatz Karin Kurz: Analysen von Erwerbsverläufen.)

Karin Kurz: Überlegungen zu Analysen von Erwerbsverläufen

Karin Kurz unterscheidet vier Dimensionen sozioökonomischer Veränderungen:

- wirtschaftliche Entwicklungen,
- den Wandel von Institutionen (Beschäftigungssystem, Wohlfahrtsregime, Bildungssystem),
- den Wandel individueller Orientierungen und Einstellungen
- und den Wandel von Erwerbsverläufen und Lebensweisen.

Veränderungen auf der Makro- und Mesoebene spiegeln sich in den Lebensverläufen von Individuen. Diese sind daher eine zentrale Kategorie der Sozialstrukturanalyse, und der Kohortenvergleich von Lebensverläufen ist geeignet, Wandel abzubilden. Zunehmende Instabilität von Erwerbsverläufen muss sich in der Dauer bestimmter Phasen und im Risiko von bestimmten Erwerbsstatus zeigen.

Von besonderem Interesse, bisher aber zu wenig thematisiert, sind Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Bereichen des Lebensverlaufs, also zwischen dem Erwerbsverlauf

einerseits und Ausbildungsphasen, Partnerschaft, Familienereignissen und Kindern andererseits. Dabei sind vor allem sensible Phasen des Erwerbsverlaufs zu betrachten:

- Wie schnell und wie prekär verläuft der *Erwerbseinstieg*? Zu wie vielen Wechseln kommt es, gibt es Phasen der Arbeitslosigkeit?
- Wie weit reichen Veränderungen in die *mittlere Erwerbsphase*? Verläuft sie stabil?
- Wann beginnt der *Ausstieg*? Gibt es danach noch eine Rückkehr in Erwerbsarbeit, oder werden Zusatzjobs angetreten?

Bereits in der Einstiegsphase zeigen sich Geschlechterunterschiede. Auch Ungleichheiten zwischen Bildungsgruppen und Einflüsse nationaler institutioneller Kontexte sind bei der Analyse von besonderem Interesse.

Anhand von Daten des sozio-oekonomischen Panels (SOEP) lassen sich bei der Analyse der ersten Lebensverlaufphase Ereignisse aus Bildung (Abschluss der Ausbildung bzw. des Studiums), Einstieg ins Erwerbsleben und Familiengründung (Auszug aus dem Elternhaus, Zusammenziehen mit Partner/in, Heirat, Geburt des ersten Kindes) verknüpft betrachten. Dabei zeigt sich z.B., dass Episoden der Arbeitslosigkeit bei Männern die Familiengründung verzögern.

Zentrale Größen eines solchen Untersuchungsdesigns sind die Dauern bis zu einem Zustandswechsel (etwa die Dauer vom Verlassen des Bildungssystems bis zur ersten Arbeitsstelle, die Dauer der Jobsuche, die Beschäftigungsdauer im gleichen Job, die Dauer der Arbeitslosigkeit) und Wahrscheinlichkeiten bestimmter Phasen (relative Häufigkeiten, Odds ratios, Übergangsraten). Übergangsratenmodelle (d.h. Übergangswahrscheinlichkeiten in einem bestimmten Zeitabschnitt) haben eine Reihe von Vorteilen: Rechtszensierungen stellen kein methodisches Problem dar, erklärende Variablen können zeitabhängig variieren und Wahrscheinlichkeits- und Timing-Effekte können untersucht werden. Survivorfunktionen, die kumulierte relative Häufigkeiten bis zum Zustandswechsel darstellen, erscheinen Karin Kurz für Zwecke der Sozialberichterstattung geeigneter als Regressionsmodelle. Als Beispiel zeigt sie eine aus dem SOEP berechnete Survivorfunktion, die für verschiedene Bildungsabschlusskohorten die Dauer in Monaten bis zum Einstieg in den Arbeitsmarkt darstellt.

Einen weiteren Schritt der Analyse von Lebensverläufen würde die Identifizierung häufiger Sequenzmuster darstellen.

Diskussion

Gert Hullen spricht die Notwendigkeit an, das deutsche „Modell“ für den Beginn einer Karriere, Partnerschaft und Familiengründung mit den Verlaufsmustern anderer Länder zu ver-

gleichen. *Gerd Paul* merkt an, im Vortrag sei von der relativ breiten mittleren Erwerbsphase kaum die Rede gewesen. *Tatjana Fuchs* fragt, wie zuverlässig man Effekte von Regulierungen in Lebensverlaufsdaten beobachten kann. In ihrer Schlussbemerkung erklärt *Karin Kurz*, der Verlauf der mittleren Erwerbsphase sei – vor allem bei den Männern – stabil geblieben. Auch die Dauer der Betriebszugehörigkeit ist stabil, zugleich hat aber das Risiko von Arbeitslosigkeit zugenommen. Regulierende Eingriffe lassen sich über Dummy-Variablen in die Analyse einbeziehen.

[Ende des ersten Tags.]

5. Gesellschaftliche Teilhabe als Berichtskonzept

5.1 Ausgrenzung

Martin Kronauer, an dessen Beiträgen zur Klärung des Ausgrenzungsbegriffs und zu Formen gesellschaftlicher Zugehörigkeit im entwickelten Kapitalismus sich insbesondere das Themenfeld Teilhabe, Gefährdung, Ausgrenzung (Kap. II.1) von soeb 1 orientierte, war gebeten worden zu bewerten, wie weit der Versuch gelungen war, die im heutigen sozialpolitischen Diskurs zentralen Begriffe – Armut, Lebenslage, Ausgrenzung, Teilhabe – zueinander in Beziehung zu setzen und methodisch zu fundieren.

Martin Kronauer: Teilhabekonzept, Ausgrenzung, gesellschaftliche Zugehörigkeit

Mit dem Exklusionsbegriff soll aus Sicht von *Martin Kronauer* vor allem die Frage gestellt werden, wie sich institutionelle Umbrüche auf die Teilhabechancen von Menschen auswirken.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden die Menschen wie nie zuvor in der Geschichte in die bürgerliche Gesellschaft eingebunden. Dies geschah auf zwei Wegen: erstens durch Erwerbsarbeit (relative Vollbeschäftigung für Männer) und zweitens durch eine Ausweitung sozialer Rechte. Mit der Statusabsicherung abhängig Beschäftigter entstanden soziale Rechte für alle: der Wohlfahrtsstaat war nicht mehr nur für Randgruppen da, sondern für die Einbeziehung aller. Eine dritte Form der sozialen Einbindung, die über soziale Netze, erfuhr in dieser Zeit einen enormen Bedeutungswandel: Soziale Nahbeziehungen haben in dem Maß an ökonomischer Bedeutung relativ eingebüßt, in dem Subsistenzwirtschaft, Landwirtschaft und Eigenversorgung zurückgingen. Das, was Ulrich Beck Individualisierung nennt, hat für die Einzelnen mehr Möglichkeiten ergeben, sich durchs Leben zu schlagen. Auf der anderen Seite stellt

sich die Frage, was diese Entwicklung für die Tragfähigkeit sozialer Netze in kritischen Situationen bedeutet.

Genau diese Einbindungsformen geraten seit den 70er und 80er Jahren in erheblichem Maße unter Druck. Für die Erwerbsarbeit ist das ziemlich eindeutig. Für die sozialen Netze sieht Martin Kronauer zumindest bei den Männern empirisch bestätigt, dass berufliche Unsicherheit nicht mehr durch stabile soziale Netze aufgefangen wird, sondern im Gegenteil mit einer Destabilisierung und einer Einschränkung der Reichweite sozialer Netze einhergeht, so dass beide Formen der Unsicherheit einander verstärken. Die Entwicklung des Sozialstaats tendiert eher zu einer Grundsicherung auf niedrigem Niveau. Es fragt sich: Ist dieses Niveau ausreichend, wenn gleichzeitig Differenzierungen und soziale Ungleichheit in der Gesellschaft zunehmen?

Diese Entwicklungen lassen die Frage der Teilhabe dringlich werden. Was, so fragt Martin Kronauer, heißt Gefährdung von Zugehörigkeit und Teilhabe? Es heißt nicht, aus der Gesellschaft herauszufallen, es heißt vielmehr, innerhalb der Gesellschaft an Anforderungen zu scheitern, welche die Gesellschaft an die Einzelnen stellt, und es heißt, von Teilhabemöglichkeiten mehr oder weniger ausgeschlossen zu sein, die sich an dem bemessen, was in der jeweiligen Gesellschaft als kulturell angemessen gilt. Es geht also um Ausgrenzung in der Gesellschaft, nicht um Ausgrenzung aus der Gesellschaft.

Martin Kronauer vergleicht im Folgenden das Exklusionskonzept mit dem Lebenslagenkonzept und dem „Capabilities“-Ansatz von Amartya Sen, und er stellt sowohl Übereinstimmungen wie auch Unterschiede fest.

Lebenslagen und Lebensstandards sind nur mehrdimensional zu erfassen, sie beziehen sich auf vielfältige Lebensumstände. Das haben sie gemeinsam mit dem Exklusionsverständnis, und damit teilen alle drei Konzepte auch die Schwierigkeit, in welchem Verhältnis diese Dimensionen zueinander stehen und wie man sie überhaupt empirisch fassen soll. Eine zweite Übereinstimmung besteht darin, dass alle drei Ansätze gegenüber dem einkommens- und ressourcenorientierten Armutsverständnis einen Perspektivenwechsel vornehmen: Sie interessiert nicht die Verteilung von Ressourcen per se, sondern die Frage, wofür diese Ressourcen im Leben der Menschen wichtig sind und welche Möglichkeiten sie den Menschen eröffnen, oder welche Möglichkeiten Ressourcenmangel verschließt. Stärker als beim Armutsbegriff kommt die Gesellschaft (implizit oder explizit) als Bezugsrahmen und Möglichkeitsraum in den Blick.

Im Zentrum des Lebenslagenansatzes wie auch des Capabilities-Ansatzes steht die Wohlfahrt von Personen, das Wohlergehen von Menschen. Man könnte im Prinzip die Dimensionen, mit denen Wohlfahrt dabei gemessen wird, aus einer Theorie der Bedürfnisse herleiten. Die Gesellschaft ist dabei allerdings eher implizit gegenwärtig: über die gesellschaftlich geformten individuellen Präferenzen oder Bedürfnisse und über die von der Gesellschaft eröffneten oder verschlossenen Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung. Dieser nur implizite Bezug auf die Gesellschaft muss expliziert werden. Bei Sen geschieht das auf eine radikal-demokratische Weise, indem er sagt: Die Menschen müssen sich durch partizipative Prozesse untereinander darüber verständigen können, was eigentlich wichtig ist, welche Funktionen wichtig sind, welche Lebensstandarddimensionen wichtig sind. Das ist das Radikale an Sens Ansatz.

Im Zentrum des Exklusionsbegriffs steht das Wohlergehen der Individuen im Bezug auf die Gesellschaft, in der sie leben. Gesellschaft ist also in den Dimensionen, mit denen sich der Exklusionsbegriff auseinandersetzt, von vornherein explizit präsent. Sonst würde dieser Begriff gar keinen Sinn ergeben und man könnte nicht sagen: Ausgrenzung wovon? Wie präsent Gesellschaft dabei ist, das kann man sowohl theoretisch bestimmen, indem man bestimmte Dimensionen für wichtiger erklärt als andere, aber auch – das ist zumindest ein Anspruch des Exklusionsbegriffs – durch Befragungen als subjektive Gewichtungen und Wahrnehmungen der Menschen erheben. Für die mehrdimensionale Analyse lautet die zentrale Frage, welches relative Gewicht gesellschaftliche Institutionen haben und wie sie in ihrer relativen Eigenständigkeit und Verschränkung auf die Individuen wirken. Und sie wirken zwiespältig: Institutionen ermöglichen immer etwas und schränken immer ein.

Erwerbsarbeit spielt heute als gesellschaftliche Institution noch immer eine zentrale Rolle. Das gilt in den Köpfen der Leute, aber man kann es auch theoretisch begründen. Der Sozialstaat spielt zur Ermöglichung einer erweiterten Marktwirtschaft theoretisch gesehen immer eine wichtige Rolle, aber unter den historischen Bedingungen nach dem Krieg auch eine besondere Rolle bei der Einbindung von Menschen in Teilhabechancen. Man kann also diese Dimensionen von beiden Seiten her gewichten, theoretisch wie empirisch.

Die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse sind dagegen in diesem Konzept implizit: Man müsste erst herausarbeiten, welche grundlegenden Bedürfnisse in diesen Dimensionen befriedigt werden. Wie bei Sen, kommt auch im Exklusionskonzept der Demokratie eine zentrale Rolle zu, aber wieder in einer anderen Weise. Bei Sen ist Demokratie oder Partizipation eine methodische Voraussetzung dafür, dass wir überhaupt wissen, was die Menschen für

Bedürfnisse haben. Sie müssen sie aussprechen, artikulieren können. Im Exklusionsbegriff kommt Demokratie vielmehr in einer historischen, normativ-empirischen Weise zum Tragen. Zugehörigkeit und Teilhabe sind historisch erkämpfte, auf widersprüchliche und unzulängliche Weise realisierte, aber gleichwohl normativ im gesellschaftlichen Bewusstsein gegenwärtige Ansprüche, an denen sich moderne kapitalistische Gesellschaften messen lassen müssen.

Das Lebenslagenkonzept orientiert sich also an der Wohlfahrt von Personen, das Exklusionskonzept am (gesellschaftlichen) Verhältnis von Personen zur Gesellschaft und zu ihren Möglichkeiten. Der Lebenslagenansatz ist wichtig für die vertiefte Untersuchung sozialer Ungleichheit. Doch wenn das gesamte Spektrum der Lebenslagen einer Gesellschaft ausgebreitet wäre und man die Ränder sehen würde, bedürfte es immer noch einer spezifischen Teilhabe- oder Exklusionsfrage: Fühlt ihr euch eigentlich, wenn ihr unterversorgt seid, auch draußen? Das wäre die Zusatzperspektive des Exklusionsbegriffs.

Für die sozioökonomische Berichterstattung scheint Martin Kronauer die Kategorie des Handlungsspielraums besonders interessant. Man könnte argumentieren, dass selbst Menschen in integrierten Arbeitsverhältnissen aufgrund interner Veränderungen dieser Verhältnisse verengte Handlungsspielräume haben. So könnte man entgrenzte Arbeit (Vertrauensarbeitszeit) interpretieren als eine Einschränkung von Handlungsmöglichkeiten. Eine andere Frage wäre, ob dies auch weniger Partizipation bedeutet.

Stärker als zum Lebenslagenansatz sieht Martin Kronauer eine „Wahlverwandtschaft“ der sozioökonomischen Berichterstattung zum Exklusionsverständnis: Beide fragen nach dem Wandel der Institutionen und nach dessen Auswirkungen auf die Menschen, die von diesen Institutionen erfasst sind. Stärker als der Lebenslagenbegriff und als der Ansatz Sens zwingt der Exklusionsbegriff dazu, vom Rand ins Zentrum der Gesellschaft zu schauen. Ausgrenzung ist ein Prozess, und der Begriff zwingt dazu, die Akteure, Prozesse, Veränderungen und Institutionen zu bezeichnen, die ausgrenzend und gefährdend wirken. Die große Chance des Berichts bestünde darin, auf der einen Seite die Veränderungen von Institutionen ins Auge zu fassen und auf der anderen Seite Teilhabemöglichkeiten. Diese beiden Perspektiven müssen endlich mal zusammen gedacht werden.

Martin Kronauer schließt seinen Beitrag mit Anmerkungen und Anregungen zur Umsetzung dieses Ansatzes in der Berichterstattung:

- Die Einkommensverteilung fehlt „schmerzlich“ als Auskunftsmittel über Teilhabe. Der Ansatz, der hier am weitesten der Exklusionsforschung entspricht, wäre der der relativen Deprivation (Hans-Jürgen Andreß).

- Das Konzept der drei Zonen von Teilhabe, Gefährdung und Ausgrenzung ist nicht rückgebunden an Ungleichheitsindikatoren. Gefährdung und Ausgrenzungsrisiken sind aber sozial ungleich verteilt.
- Die subjektive Wahrnehmung von Teilhabemöglichkeiten sollte im Kontrast zu objektiven Lagemerkmalen ein stärkeres Gewicht haben.
- Über politische Teilhabe findet sich zu wenig im Bericht.

Teilhabe ist nicht ein Themenfeld neben vielen anderen, sondern ein Querschnittsthema. Man sollte gesellschaftlichen Umbruch nicht als eine Modellfrage begreifen, sondern sich vergewissern, welche gesellschaftlichen Dimensionen wichtig sind und wie sich Veränderungen in diesen Dimensionen mit einander verbinden: Welche Akteure, welche institutionellen Veränderungen gefährden, grenzen aus oder stabilisieren das Zentrum der Gesellschaft?

Diskussion

Auf eine Frage von *Michael Corsten* nach unterschiedlichen Theorieangeboten zu Inklusion und Exklusion präzisiert *Martin Kronauer* den von ihm verwendeten Exklusionsbegriff. Während ein enthistorisiertes Verständnis von Exklusion unterstellt, man könne aus der Gesellschaft herausfallen (nach Luhmann sind die Exkludierten „nur noch Körper“), findet nach seiner Auffassung Ausgrenzung in der Gesellschaft statt. Eine traditionelle Form der Ausgrenzung ist die Verweigerung von Rechten, und sie trifft nach wie vor z.B. auf Migranten zu. In ihrer modernen Form ist Ausgrenzung ein gesellschaftliches Ungleichheitsverhältnis mit besonderen Merkmalen, das sich an gesellschaftlich gültigen Standards bemisst.

5.2 Capabilities

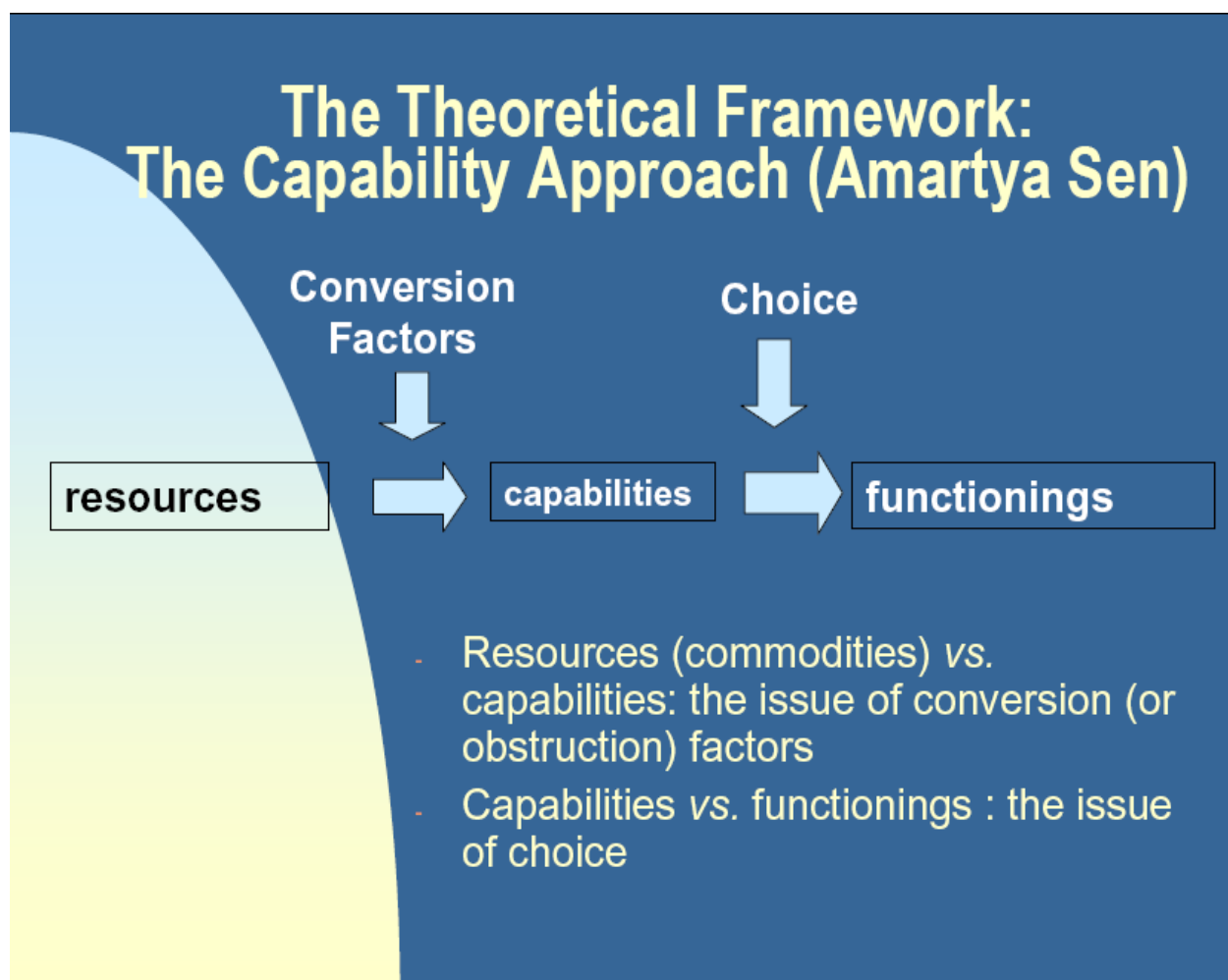
Jean-Michel Bonvin erläutert in seinem Beitrag eine Interpretation des Konzepts der Verwirklichungschancen („Capabilities“) nach Amartya Sen, die im europäischen Forschungskonsortium EUROCAP⁹ entwickelt und auf zentrale Bereiche der europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik angewendet wurde (vgl. Foliensatz Jean Michel Bonvin: Employment and Labour Market Regulation). Beitrag und Diskussion zu diesem Punkt wurden in englischer Sprache belassen.

⁹ An dem Verbundprojekt unter dem Akronym EUROCAP (Social Dialogue, Employment and Territories. Towards a European Politics of Capabilities) sind Institute aus fünf EU-Ländern und der Schweiz beteiligt (darunter auch das SOFI). Das Projekt wird aus Mitteln des EU-Forschungsrahmenprogramms gefördert; die Koordination liegt bei Robert Salais, Directeur de Recherche an der ENS Cachan, Frankreich. Jean-Michel Bonvin vertritt die Université de Genève im Projektverbund.

Jean-Michel Bonvin: Employment and Labour Market Regulation – A Capability Approach

Capability is defined by the EUROCAP project as “the real freedom (not a formal one) to lead the life one has reason to value”. In this adaptation of Sen’s Capability Approach (see graph 1) there are two key distinctions: The first distinction concerns the left hand side of the graph – the one you might call the capacity side. Here a distinction is being made between commodities or resources on the one hand and capabilities on the other. If you give people resources or commodities (in a wide sense which for Sen comprises goods, services or money that people have at their disposal) these do not yet give people real freedom to lead the life they have reason to value. In order to pass from resources to capabilities you have to take into account what Sen calls conversion factors – factors that convert resources into real freedom.

Übersicht 1: Capability Approach



Source: J.-M. Bonvin.

Sen gives the classical example of the bike: If you want to give someone the capability (the real freedom) to move freely you have to take into account not only the bike, the resource, but also conversion factors. In this case, the ability to ride a bike can be conversion factor at the individual level. At the social or environmental level social norms could be such factors: just think of a country where women are not allowed to ride bikes. And then you must have roads or infrastructure in order to be able to ride bikes. With view to capabilities, just to have resources is not enough: You must have resources *and* individual, social and environmental conversion factors that are adequate.

In our project we decided to widen the scope of the Capability Approach even further. We will not just focus on resources but on all formal rights and all formal freedoms. Take for example the right to have a job. What is needed to pass from the right to have a job (or even a valuable job) to the real right to have a valuable job? You must take into account adequate resources, adequate individual conversion factors and adequate social and environmental conversion factors, so you have to take into account the whole scene.

The right-hand side of the graph shows what we call the freedom side of the Capability Approach: People must not only be able to choose their valuable way of life, they also have to be free to choose their own way of living as freely as possible. And this is the second key distinction between capabilities on one side and the real freedom to do what I have reason to value and functioning on the other side.

Functionings only refer to what a person is actually doing. Take the distinction between a starving person and a fasting person: If you fast you have the real freedom to eat if you wish, so it's a choice. If you are starving because you are in an underdeveloped country with very little resources you have no real freedom to eat or not to eat. So this issue of freedom of choice is also fundamental in the Capability Approach. People must be granted the capacity and the resources, and they must be free. Functionings should not be imposed on them as something they have to do. They should be free to choose the most valuable way of life for them. In the terms proposed by Albert Otto Hirschman they should have the option to exit, to negotiate or to conform.

What Sen says to us is that the focus of public action or social policies should be not on the redistribution of resources, which was the classical way of welfare. Neither should the focus of public action be on functionings, as in the case of workfare, where you impose jobs on people. Nor should the focus be on conversion factors alone, as for example in human

capital approaches which try to improve someone's competences. Rather, it should be on capabilities.

That means you have to take into account all of these four dimensions:

- (1) resources, which have to be there even if in this approach they do not determine the whole picture;
- (2) competences and training programs as individual conversion factors;
- (3) social and environmental conversion factors; and
- (4) issue of choice.

The capacity side (left hand side of the graph) is mainly about collective choice: What will society decide? What kind of resources or conversion factors will society put at people's disposal? But if the collective choice is too constraining then the individual freedom of choice shown on the right hand side of the graph will be constrained or maybe even erased or eliminated. The relationship between the capacity and the freedom sides of this graph, between the collective or institutional framework and individual freedom raises the issue of this "Handlungsspielraum" that was mentioned again and again yesterday afternoon.

Now there is one important precision: The normative point of reference for the Capability Approach is not absolute freedom for everyone. The objective is rather the reduction of inequalities between people in term of capabilities. So how should public policies be shaped in order for people to have more or less the same capabilities, the same real freedom, to choose the life they have reason to value.

In our research project we used this approach on two main research issues. The first one was "capability for work". Capability for work means the extent to which people are really free to choose the job they have reason to value. The second one is "capability for voice". As you may have guessed the relationship between the capacity (left hand) side and the freedom side (right hand side) of the graph is very much an issue of democratic participation. How are people allowed to voice their concerns when it comes to defining resources and conversion factors? If someone says: "This would be a valuable solution for me", that view does not have to prevail but it has to be seriously taken into account. We did empirical research on these two questions: To what extend is there capability for work and capability for voice in social integrations policies mainly in local employment agencies.

What is meant by resources in this context? You have a formal right to have a valuable job or to be socially integrated. How can we pass from the formal to a real right to be socially integrated or to live the life you have reason to value? In terms of resources we mainly fo-

cused on cash resources. What are the level of wages and the level of social or cash benefits? The level of cash or social benefits also defines the cost of the exit option. People are really free if they have these three options: to exit, to voice their concerns and negotiate the way they want to participate in the labour market, or to conform to what is proposed to them.

Modes of allocation also have to be taken into account: How are resources given to people? Are they given in a statutory way, or is it individualised? At least in Switzerland an increasing part of the wage is individualised, and this has a very strong impact in terms of capability for work. Whether your wage is statutory or individualised very much changes the relationship you have with your employer, and thus it very much changes the extent of capability for work that you have. Exactly the same is true for social benefits: Are they conditional, are they distributed without any condition or are they conditional upon the appropriate behaviour of the recipient in his or her search for a job? Both cases are very different in terms of capability for work.

Let us look at conversion factors. The concept of employability can refer to individual conversion factors. But does this simply mean adaptability to the requirements of the labour market? This can mean adaptability in terms of wages, in terms of time tables or in terms of competences. So you have many forms of capability, and then these somehow have to connect with the wishes and expectations people have about the labour market or about their professional activity. Do they mainly expect a good wage or do they expect an attractive job which allows them self-realization, or do they expect a job which gives them more time for family work, leisure or sports? As expectations concerning work are very diverse, the issue of employability can be emphasised in very diverse ways. And every individual conversion factor can at the same time be an obstruction factor. Depending on the way you conceive employability this can either impede or obstruct or rather facilitate or promote capability for work.

Of the many social or environmental conversion factors emphasised in the project Jean-Michel Bonvin just mentions two. First of all: are there available jobs? If you insist only on employability and you forget employment, people can be employable but still have no jobs. This raises the issue of who is responsible for creating jobs. Is it a public responsibility, as in Fordism, is it a corporate social responsibility or is it even an individual responsibility? How do we define employment policies or employment strategies? The second environmental conversion factor was anti-discrimination policies: What anti-discrimination strategies are being designed in order to bring women and immigrants into the labour market, or to question prevailing social norms concerning the gender division of labour?

The last issue is participation. How do collective choices and individual choice relate to each other? Is collective choice an obstacle in the path of individual choice, or do they both somehow connect? Within the project, three forms of regulation were distinguished (as proposed by Jean-Daniel Renaud):

- Controlling regulation is the top down form of regulation.
- Autonomous regulation can be a very dysfunctional way in which people in a strongly controlled environment try to use their “Handlungsspielraum”: for example, in a day-labour firm workers try to slow down on their job.
- A third form would be joint regulation which means that the collective does not impose its choices on the individual but leaves some space for individual freedom and individual choice. In this case, two kinds of regulation meet and build together what should be a combination of collective choices, resources, individual and social conversion factors and individual choices.

Discussion

Heinz-Herbert Noll objects that the Swedish level-of-living is much more operational and much closer to empirical research, as it takes into account both arenas of social action and subjective assessments of resources. *Manfred Moldaschl* asks about the distinction between resources and capabilities: Is formal freedom a resource, or rather a conversion factor? *Jean-Michel Bonvin* concedes that the view EUROCAP takes on resources differs from that of Sen. The project does not focus on the transformation of resources into capabilities, as Sen would do, but rather on the transformation of formal into real freedom. In this view, resources are a conversion factor just like the others that determine to what extent a person is able to transform a formal right into a real right. “You may have just resources but no conversion factors. Or you may have just employability but no employment. Or you may have just social benefits but there is no employment policy.” In all these cases, freedom would remain formal. Real freedom to have a job would require a combination of these three factors. “But this is not Sen’s orthodoxy.”

5.3 Lebenslage

Ortrud Leßmann hat über die Entwicklung des deutschen Lebenslagenansatzes, über das Konzepte der Verwirklichungschancen nach Amartya Sen und über ihre Verwendung in der Sozialberichterstattung gearbeitet. Im Versuch, das Verhältnis zwischen beiden Ansätzen the-

oretisch besser zu bestimmen, greift sie auf die Geschichte des Lebenslagenkonzepts zurück. (vgl. Foliensatz Ortrud Leßmann: Lebenslage- und Capability-Ansatz.)

Ortrud Leßmann: Zum Verhältnis von Lebenslage und Capability

Das Konzept der Lebenslage und das der Capability weisen, so *Ortrud Leßmann*, drei Übereinstimmungen auf:

- Beide Ansätze haben sich aus der Auseinandersetzung mit der Wohlfahrtsökonomie ergeben. Sie fordern eine multidimensionale Betrachtung von Wohlergehen, Lebensstandard, Lebensqualität und Armut und wenden sich dagegen, bloß den Nutzen oder das Einkommen als monetarisierte Form des Nutzens zu betrachten.
- Beide blicken kritisch auf das Einkommen als Indikator für Wohlergehen.
- In beiden Ansätzen findet sich das Konzept eines Handlungsspielraums, der in der social-choice-Theorie als „opportunity set“ beschrieben wird.

Ortrud Leßmann beginnt ihren historischen Abriss des Lebenslagenkonzepts mit Otto Neurath (1882 – 1945). Als Vertreter des logischen Empirismus und Organisator des Wiener Kreises setzte er sich mit der Frage auseinander, ob Nutzen interpersonell vergleichbar ist. In zwei Beiträgen (1911 und 1912) kam er zu dem Schluss, dass Nutzen nicht kardinal messbar ist und daher das Wohlergehen von zwei Personen nicht verglichen werden kann. Die Lösung lag für ihn im Übergang zur Lebenslage, die diesen Nutzen hervorbringt und bedingt: Beispiele aus seiner „Empirischen Soziologie“ (1931) sind Wohnung, Nahrung, Kleidung, Gesundheitspflege, Bücher, Theater, freundliche menschliche Umgebung und die Menge an Malaria-keimen, die bedrohlich einwirken. Statt das Problem der interpersonellen Vergleichbarkeit gelöst zu haben, hat er nun noch ein anderes Problem: Ein solcher „Lebenslagenkataster“ (1937) ist multidimensional, und nicht alle Elemente der Lebenslage zeigen in die gleiche Richtung.

Hier sieht Ortrud Leßmann eine Parallele zu Amartya Sen. Auch er hat sich zunächst mit der mangelnden interpersonellen Vergleichbarkeit des Nutzens beschäftigt („Collective Choice And Social Welfare“, 1970). Mit seiner Kritik des Nutzenbegriffs geht er über Neurath hinaus, doch wie Neurath kommt er zu dem Schluss, man müsse das Leben anschauen, das Menschen führen. Unter „functionings“ versteht Sen Tätigkeiten, Zustände und Fähigkeiten („doings and beings“). Sen schlägt die Dominanz einzelner Dimensionen der Lebenssituation als eine gute Ausgangsbasis für multidimensionale Vergleiche vor, und hier setzt ein, was Martin Kronauer als „radikaldemokratisch“ bezeichnet hat: Sen ist so optimistisch zu glauben, wir könnten uns darüber einigen, welche Dimensionen wie wichtig sind.

Um von „functionings“ zu „capabilities“, von der Lebenslage zum Handlungsspielraum zu kommen, geht Ortrud Leßmann in ihrer historischen Rekonstruktion des Lebenslagenansatzes zu Gerhard Weisser (1898 – 1989) weiter. Als Lebenslage gilt ihm „der Spielraum, den die äußeren Umstände dem Menschen für die Erfüllung der Grundanliegen bieten“ (Weisser 1972). Das ist das klassische Zitat zum Lebenslageansatz, aber Gerhard Weisser verweist hier auf Kurt Grelling (1886 – 1942), der nach dem ersten Weltkrieg in Göttingen Assistent von Leonard Nelson war, bei dem Weisser studiert hat. Leonard Nelsons Interessentheorie steht aber in einer komplett anderen philosophischen Tradition als Otto Neurath.

Übersicht 2: Vergleich der Lebenslage- und „capability“-Ansätze

Ansatz	Lebenslage-Ansatz			„capability approach“	
	Neurath	Grelling	Weisser	Sen	Nussbaum
Bewertungsraum: Dimensionen	Bestandteile der Lebenslage	Interessen	Grundanliegen	functionings	central functional capabilities
Bündel	Lebenslage	Lebenshaltung	/	bundle of functionings	functionings
Teilmenge	/	Lebenslage	Lebenslage	capability-set	/

Quelle: Ortrud Leßmann.

Kurt Grelling hielt im Wintersemester 1919/1920 für die Göttinger Ortsgruppe des von Nelson gegründeten Internationalen Jugendbunds (IJB) ein sozialpolitisches Seminar ab. In einem wirtschaftlichen Newsletter, der innerhalb des IJB kursierte, findet sich das Zitat (Grelling 1921): „Die Gesamtheit der von einem Menschen in einer bestimmten Periode seines Lebens faktisch befriedigten Interessen, wobei jedes einzelne mit dem Grade zu versehen ist, bis zu welchem es befriedigt wird, will ich die Lebenshaltung dieses Menschen während dieser Periode seines Lebens nennen. Die Gesamtheit der möglichen Lebenshaltungen, zwischen denen er am Anfang der Periode (etwa bei Aufstellung eines Haushaltsplanes) wählen kann, nenne ich seine Lebenslage.“

Wer sich mit dem Capability-Ansatz auskennt und das liest, wird sofort die gleiche Struktur wieder erkennen wie bei Amartya Sen. Kurt Grelling hat genau wie Sen die Vorstellung, dass ein multidimensionaler Raum aufgespannt wird: bei Sen der Raum der „functionings“ und bei Grelling der Raum der Interessen. Damit lässt sich das Leben, das eine Person führt, als Punkt in diesem Raum beschreiben: Sen würde sagen, als „bundle of functionings“, Grelling spricht von Lebenshaltung. Beide haben schließlich diese Idee einer Auswahlmenge – eines „capability set“ oder einer Lebenslage als Menge möglicher Lebenshaltungen.

Ortrud Leßmann weist darauf hin, dass es nicht nur Unterschiede zwischen dem „capability approach“ auf der einen Seite und dem Lebenslagenansatzes auf der anderen Seite gibt, sondern auch große Unterschiede innerhalb des Lebenslagenansatzes, und wenn man neben Sen auch noch Martha Nussbaum einbezieht, auch innerhalb des „capability approach“ (vgl. Übersicht 2).

- Was versuchen diese Ansätze multidimensional zu bestimmen? Neurath spricht von Bestandteilen der Lebenslagen, Grelling von Interessen, Weisser irgendwann von Grundlagen; Sen spricht von „functionings“ und Nussbaum von „central functional capabilities“.
- Das Leben, das ein Mensch führt, beschreibt Neurath als Lebenslage, Grelling spricht von Lebenshaltung, und Weisser lässt das komplett fallen. Sen spricht von einem „bundle of functionings“ und Nussbaum spricht immer dann von „functionings“, wenn etwas erreicht worden ist. (Nussbaum bezeichnet mit „capability“ eine Möglichkeit und mit „functionings“ das Ausschöpfen dieser Möglichkeit.)
- Die Idee eines Handlungsspielraums und das konkrete Konzept eines „opportunity set“, einer Auswahlmenge, finden wir nur bei Grelling und Weisser als Lebenslage und bei Sen als „capability set“.

Gerhard Weisser lässt diese Idee einer Lebenshaltung fallen, weil er zu der Auffassung kommt, Sozialpolitik habe keine bestimmte Lebenshaltung zu garantieren oder den Menschen vorzuschreiben. Aufgabe der Sozialpolitik sei es hingegen, einen Spielraum zu garantieren. Im Jahr 1951 steht der Begriff noch in seinem Vorlesungsmanuskript, im Jahr 1952 nicht mehr. Damit, meint Leßmann, schneidet er die Verbindung zur empirischen Untersuchung des konkreten Lebens ab, das die Menschen führen.

Ortrud Leßmann beendet ihren Beitrag mit Anmerkungen zu Umsetzungsproblemen. Multidimensionalität ist sicherlich ein großes Problem, birgt aber auch die große Chance eines Wertpluralismus: Es zählt nicht nur der Nutzen, nicht nur das Einkommen, und genau da

setzt eben Sen mit seiner Einladung ein, partizipativ festzulegen, welche Wertedimensionen relevant sind und in welchem Verhältnis sie zu einander stehen.

Hinter dem Konzept des Handlungsspielraums steht die sehr präzise Vorstellung einer Auswahlmenge, die jedoch nicht beobachtbar ist, sondern rekonstruiert werden muss. Doch gibt es auch innerhalb des „capability approach“ nicht allzu viele empirische Arbeiten, die sich wirklich dieser Herausforderung stellen, wie man das „capability set“ empirisch messen könnte. Die Ansätze, die es gibt, setzen typischerweise bei Annahmen über „conversion factors“ an, also bei Annahmen darüber, dass eine bestimmte Gruppe von Menschen wahrscheinlich die gleichen Umwandlungsfaktoren nutzen. Wenn ich etwas über Einkommen und Ressourcen weiß und über das Leben, das Menschen führen, kann ich solche Funktionen schätzen. Hier, so Ortrud Leßmann, sei noch viel mehr Phantasie zu entwickeln.

5.4 Teilhabe

Petra Böhnke leistet seit Jahren Beiträge zur Operationalisierung des Konzepts sozialer Ausgrenzung als Etikett für gesellschaftlichen Strukturwandel. Wie sich Bevölkerungsumfragen (Wohlfahrtssurvey, Eurobarometer, European Quality of Life Survey) nutzen lassen, um subjektive Ausgrenzungserfahrungen im Ländervergleich zu untersuchen, steht im Mittelpunkt ihrer jüngsten Arbeiten. An sie richtete der Forschungsverbund vor allem die Frage, wie „berichtsfähig“ das Konzept der Teilhabe und der Ausgrenzung sei. (Vgl. Foliensatz Petra Böhnke: Gesellschaftliche Teilhabe.)

Petra Böhnke: Gesellschaftliche Teilhabe als Berichtskonzept

Petra Böhnke stellt einen Paradigmenwechsel in der Beobachtung sozialer Ungleichheit fest: das Interesse verlagert sich von Ressourcenmangel auf Teilhabedefizite. Sie fragt, welche Implikationen die Wahl gesellschaftlicher Teilhabe als Berichtskonzept für die Beschreibung der Lebensbedingungen und für die Analyse sozialer Ungleichheit hat.

Zunächst nennt Petra Böhnke eine Reihe von Thesen zu sozialer Ungleichheit, die dem Diskurs über Teilhabe und Ausgrenzung zugrunde liegen:

- Soziale Benachteiligungen nehmen zu.
- Soziale Benachteiligungen kumulieren.
- Soziale Benachteiligungen führen zu einer verstärkten Polarisierung der Gesellschaft.
- Soziale Benachteiligungen erfassen die gesellschaftliche Mitte.
- Soziale Benachteiligungen führen zu verringerter politischer Partizipation und politischem Machtverlust.

- Soziale Benachteiligungen führen zu politischem Extremismus.
- Soziale Benachteiligungen gehen mit sozialer Isolation und fehlenden sozialen Unterstützungsnetzwerken einher.
- Soziale Benachteiligungen führen zu einer Abkehr vom Wertekanon der Mehrheitsgesellschaft.
- Integration wird in erster Linie über einen Arbeitsplatz hergestellt. (Von dieser Annahme geht die EU-Sozialpolitik aus.)

Will man diese Thesen empirisch überprüfen, benötigt man erstens Verlaufsanalysen und Zeitreihen. Zweitens muss man einen analytischen Zugang zur Mehrdimensionalität von Teilhabe finden. Drittens muss man Einstellungen und Wahrnehmungen in die Beobachtung einbeziehen: Wie bewerten die Betroffenen Teilhabechancen? Welcher materielle Grundstandard gilt gesellschaftlich als angemessen?

Die Relevanz subjektiver Indikatoren in der Debatte um soziale Ausgrenzung ergibt sich daraus, dass Integration und Ausgrenzung individuell erfahren werden. Subjektive Indikatoren erlauben nicht nur eine direkte Messung von Integrationsdefiziten, sondern auch Rückschlüsse auf objektive Benachteiligungen, die zu Marginalisierungserfahrungen führen, und Rückschlüsse auf Umstände (wie z.B. soziale Beziehungen), unter denen solche objektiven Benachteiligungen auch subjektiv als Marginalisierungserfahrung wahrgenommen werden. Bedeutsam sind auch Rückschlüsse auf Schutzmechanismen gegen solche Erfahrungen.

Beispielhaft benennt Petra Böhnke Fragen, die im Rahmen von Surveys (wie Wohlfahrtsurvey oder Eurobarometer) erhoben werden bzw. erhoben werden können:

- Voraussetzungen von Integration,
- Bewertung individueller Teilhabechancen (Fühlen Sie sich ausgegrenzt? Fühlen Sie sich respektiert? Fühlen Sie sich nutzlos oder wertlos? Sehen Menschen aufgrund Ihrer Jobsituation oder Ihres Einkommens auf Sie herab? Wie zufrieden sind Sie mit Ihren Teilhabechancen?),
- Gründe für Integrationsdefizite (im Allgemeinen: z.B. Arbeitslosigkeit, Kürzung der Sozialleistungen, Faulheit, fehlende Willensstärke; oder im persönlichen Fall: erfolglose Stellensuche, Arbeitslosigkeit im Haushalt, Pflege von Familienangehörigen, Tod eines nahe stehenden Menschen usw.),
- Verunsicherungen (Konfliktwahrnehmung, Orientierungslosigkeit, Pessimismus / Optimismus, Angst vor Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzunsicherheit, individuelle soziale Absicherung etc.).

Einige Befunde lassen sich benennen. Marginalisierungserfahrungen stehen in engem Zusammenhang mit Langzeitarbeitslosigkeit und dauerhafter Armut, wobei jedoch einschränkend anzumerken ist, dass Verlaufsanalysen zum Verlust von Anerkennung bei Arbeitslosigkeit fehlen. Marginalisierungserfahrungen sind weiterhin an schichtspezifische Risikofaktoren gebunden. Werden gleichzeitig soziale Netzwerke instabil, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit sozialer Ausgrenzung. Verunsicherungstendenzen und Verlustängste reichen bis in mittlere Gesellschaftsschichten hinein. Es gibt geschlechts- und altersspezifische Ausgrenzungsmuster (etwa im Zusammenhang mit Scheidung und Alleinelternschaft). Prekäre Lebenslagen führen eher zu Wahlverzicht und zu Verlust an Vertrauen ins politische System als zu politischem Extremismus.

Petra Böhnke plädiert dafür, die Diskussion über Teilhabe und Ausgrenzung in Deutschland ein wenig von den hierzu definierten EU-Indikatoren¹⁰ zu lösen. Ergänzend zu diesen sind Verlaufsdaten zu analysieren und die Auswirkungen prekärer Lebenslagen auf soziale Netzwerke und politische Partizipation zu betrachten.

Für die Berichterstattung ergibt sich aus ihrer Sicht die Anforderung, die Analyse sozialer Ungleichheit um Aspekte sozialer Integration zu erweitern. Thesen zur Mehrdimensionalität und Dynamik, zu Auswirkungen sozialer Benachteiligungen auf soziale Unterstützungsnetzwerke und politische Partizipation sollten überprüft werden. Teilhabeprofile sollten nach Alter und Geschlecht getrennt erstellt werden. Anerkennungsdefizite und Marginalisierungserfahrungen schlägt sie als Schlüsseldimensionen für die Messung sozialer Ausgrenzung vor.

Diskussion

Ortrud Leßmann fragt nach den Verlaufsdaten, mit denen sich Ausgrenzung als Prozess abbilden lässt, und nach der Steuerung solcher Prozesse. *Michael Corsten* wirft die Frage auf, ob soziale Benachteiligung der richtige Begriff sei und welche normativen Implikationen seine Verwendung hat (etwa Bezug auf Gerechtigkeitstheorien). *Jan Marbach* merkt an, eine Konsequenz von Multidimensionalität könne sein, dass jemand in einem Bericht als ausgegrenzt zählt, in einem anderen nicht. *Petra Böhnke* erklärt in ihrer Antwort, in der Tat gebe es zu wenig quantitative und qualitative Verlaufsdaten, mit denen Ausgrenzung als Prozess unter-

¹⁰ Gemeint sind die sog. „Laeken“-Indikatoren zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung; vgl. Bundesrepublik Deutschland 2004: Strategien zur Stärkung der sozialen Integration, Nationaler Aktionsplan für Deutschland zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (NAPincl.) 2003–2005 (Aktualisierung 2004), Berlin.

sucht werden könne. Als soziale Benachteiligung bezeichnet sie im Rahmen von Ungleichheitsdiagnosen Lagen wie Armut, Arbeitslosigkeit, schlechte Wohnmöglichkeiten.

6. Politische Diskurse 2 – Nachhaltigkeit in Arbeit und Lebensweise

Wie die Lissabon-Strategie der EU, so begründen Nachhaltigkeitsstrategien ein im politischen Raum verankertes umfassendes Zielsystem für gesellschaftliche Entwicklung. Mit *Sebastian Brandl* hat der Verbund einen Sozialwissenschaftler zur Diskussion eingeladen, der u.a. in einem Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“¹¹ am Versuch beteiligt war, diese beiden Großthemen in eine gemeinsame Perspektive zu bringen. (Vgl. Foliensatz Sebastian Brandl: Nachhaltigkeit.)

Sebastian Brandl: Nachhaltigkeit in Arbeit und Lebensweise

Zunächst gibt *Sebastian Brandl* einen Überblick über den Diskussionsstand zum dreidimensionalen Leitbild nachhaltiger Entwicklung. Zum Leitbild der Nachhaltigkeit gehören die Sicherung menschlicher Entwicklungsfähigkeit (Bedürfnisbefriedigung), die Suche nach gemeinsamen Lösungsstrategien für Umwelt und Entwicklung, die Forderungen nach Gerechtigkeit innerhalb einer und zwischen den Generationen sowie nach internationaler Gerechtigkeit, die Abstimmung zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen und die Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen am Prozess der Strategiefindung und –umsetzung. Nach Sebastian Brandls Einschätzung widersprechen Umweltforschung und Umweltbewegung in Deutschland wenigstens teilweise dem „Dreisäulenansatz“, wonach die ökonomische, ökologische und soziale Dimension von Entwicklung gleichberechtigt ist.

Als Elemente sozialer Nachhaltigkeit sind allgemein die verpflichtenden Ziele der Kopenhagener Erklärung¹² anerkannt, also

- Beseitigung von Armut,
- Vollbeschäftigung als prioritäres Ziel, um allen Menschen zu ermöglichen, sich durch eine frei gewählte Erwerbstätigkeit und produktive Arbeit den Lebensunterhalt dauerhaft zu sichern,
- Förderung sozialer Integration, Schutz aller Menschenrechte und Nichtdiskriminierung,
- Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Frauen und Männern.

¹¹ Das Verbundprojekt „Arbeit & Ökologie“ wurde von Anfang 1998 bis Anfang 2000 von DIW, WI und WZB transdisziplinär durchgeführt. Es wurde von den bundesdeutschen Gewerkschaften begleitet und von der Hans-Böckler-Stiftung finanziert.

¹² Gemeint ist die auf dem Weltgipfel für soziale Entwicklung 1995 in Kopenhagen verabschiedete Erklärung.

Relevante soziale Themen in der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie¹³ und in der Revision der Lissabon-Strategie der EU sind Gesundheit, soziale Ausgrenzung, Demografie und Migration sowie Armut und Entwicklung als globale Herausforderung. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung¹⁴ orientiert sich an den vier Leitlinien der Generationengerechtigkeit, der Lebensqualität, des sozialen Zusammenhalts und der internationalen Verantwortung. Ein zentrales Thema der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sind die Potenziale älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Neben diesen politischen Nachhaltigkeitsstrategien stellt Sebastian Brandl die Bewegung für Corporate Social Responsibility (CSR) als „bottom-up“-Vorgehensweise. Im Leitfaden der Global Reporting Initiative (GRI) ist die Indikatorenbildung zu Bereichen sozialer Nachhaltigkeit weit fortgeschritten, dort werden gesellschaftliche bzw. soziale Leistungsindikatoren etwa zu Arbeitspraxis und Arbeitsqualität, Menschenrechten und Produktverantwortung behandelt. Aufgrund von Quantifizierungsproblemen werden viele Zielgrößen qualitativ beschrieben. Wegen ihres Anspruchs, den dreidimensionalen Berichtsansatz auf Unternehmensebene zu erproben, und aufgrund ihres Beitrags zur Integration arbeitspolitischer Themen in die Nachhaltigkeitsberichtserstattung empfiehlt Brandl die GRI als „Fundus für Berichtsfelder und Indikatorenbildung“. Auch die kommunale Einbindung der Unternehmen etwa in lokale Nachhaltigkeitsstrategien (Agenden 21), Entwicklungspartnerschaften (GTZ) und andere „Multistakeholderinitiativen“ sind unter diesem Gesichtspunkt nützlich.

Im zweiten Teil seines Beitrags stellt Sebastian Brandl dar, wie das Problem, arbeitspolitische Gegenstände unter Nachhaltigkeitsperspektiven zu beobachten, im Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“ gelöst wurde. Arbeit, so das Argument, gehört in den Fokus von Nachhaltigkeit, weil die Bedürfnisbefriedigung der Menschen zentral über Arbeit verläuft, diese also den zentralen gesellschaftlichen Reproduktionsmechanismus darstellt. Entgrenzungsprozesse der Arbeit und der umfassende Anspruch des Nachhaltigkeitskonzepts deuten in Richtung einer Reintegration von Arbeit und Leben. Jedoch ist Arbeit „janusköpfig“, als „Transformation von Unordnung in Ordnung“ zerstört sie zugleich notwendigerweise auch andere Ordnungen. Daher ist (nach Biesecker/v. Winterfeld) zu fragen, welche Arbeit die Regenerationsfähigkeit der Natur – einschließlich der menschlichen – ebenso wie die Regenerationsfähigkeit

¹³ Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005: Mitteilung von Herrn Almunia an die Mitglieder der Kommission, Indikatoren für nachhaltige Entwicklung zur Überwachung der Umsetzung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung, SEK(2005) 161 endgültig v. 9.2.2005, Brüssel.

¹⁴ Bundesregierung 2002: Perspektiven für Deutschland, Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, Berlin.

der Gesellschaft bzw. der sozialen Gemeinschaft unterstützt und stärkt. Das Projekt plädiert für einen erweiterten Arbeitsbegriff unter Einschluss informeller und illegaler Tätigkeiten.

Brandl schlägt vor, Arbeit als vermittelnde Instanz ins Zentrum einer Beobachtungsperspektive zu stellen, der es um Wechselwirkungen zwischen den „disziplinären Zielsetzungen“ geht, d.h. um Wechselwirkungen zwischen der ökonomischen Zieldimension der Bedürfnisbefriedigung und Wettbewerbsfähigkeit, der ökologischen Dimension der Verminderung von Ressourcenverbrauch und der sozialen Dimension menschenwürdigen Lebens, von sozialem Zusammenhalt und Gerechtigkeit.

Im Projekt „Arbeit und Ökologie“ wurden Trendanalysen zu solchen sozialökologischen Wechselwirkungen in fünf Themenfeldern durchgeführt:

- Arbeit im und durch Umweltschutz: Umfang und Qualität,
- Erosion der Normalarbeit,
- Arbeitsschutz – Gesundheitsschutz – Umweltschutz,
- Neue Formen der Arbeit und der Versorgung,
- Arbeitsbeziehungen: Neue Kooperations- und Regulierungsformen.

Bei den disziplinären Zustands- und Trendanalysen zeigten sich nicht nur Wissensgrenzen (etwa zu informeller Arbeit), sondern auch Zielkonflikte: Die beteiligten „disziplinären Schulen“ konnten sich nicht immer auf gemeinsame Interpretationen etwa des Zusammenhangs von Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Lebensqualität, der Bedeutung informeller und flexibler Arbeit oder verschiedener Formen sozialer Sicherung (Statussicherung vs. Grundsicherung) einigen.

Das Projekt „Arbeit und Ökologie“ setzte – ähnlich wie in soeb 2 angedacht – Szenariotechniken ein. Die qualitativen Szenarien wurden nicht von Trendfortschreibungen angetrieben, sondern von bewusster, „stilisierter“ Schwerpunktsetzung auf bestimmte Entwicklungen, und sie wurden dann anhand „disziplinärer“ Nachhaltigkeitskriterien bewertet. Das umwelt-ökonomische Modell PANTA RHEI¹⁵ wurde genutzt, um diese Entwicklungsannahmen durch längerfristige Simulationen auf Plausibilität und Konsistenz zu prüfen. Für eine solche makroökonomische Simulation bedürfen die qualitativen Aspekte der stilisierten Szenarien einer besonderen Übersetzung; Wechselwirkungen mit dem ökologischen System wurden auf einen bzw. zwei ökologische Indikatoren reduziert.

¹⁵ Zur Eignung dieses Modells für die sozioökonomische Berichterstattung vgl. auch den Vortrag „Konsumchancen im Spiegel von differenzierten Lebenslagen“ im Werkstattgespräch 5 am 16. – 17. Mai 2006.

Sebastian Brandls Fazit: Nachhaltigkeitsstrategien und -konzepte liefern sozial und arbeitspolitisch relevante Beobachtungsthemen und konzentrieren sich auf aktuelle Politikfelder. Das Thema Arbeit ist in diesen Strategien programmatisch wichtig, in Handlungsfeldern und Indikatoren jedoch nur begrenzt abgebildet. Von Nachhaltigkeitsinitiativen sind keine vollständigen Indikatorensets oder soziale Regeln zu erwarten, aber sie bieten einen Fundus für Indikatorbildung. In der deutschen wissenschaftlichen Diskussion ist umstritten, ob man sich von einem rein ökologischen Nachhaltigkeitskonzept verabschieden sollte. Als vierte Dimension (institutionelle Nachhaltigkeit) gewinnt die Prozessdimension an Bedeutung.

„Arbeit und Ökologie“ blieb ein singuläres Projekt. Eine mögliche Fortführung müsste zu einem Indikatorenset und zu einer stärkeren Quantifizierung von Wechselwirkungen führen. Als Erfahrung lässt sich festhalten, dass solche Projekte „in der Tendenz disziplinär“ bleiben. Für die sozioökonomische Berichterstattung schlägt Brandl aus der Nachhaltigkeitsperspektive eine Reihe von „Ergänzungsfeldern“ vor:

- die gesellschaftliche Faktoren (Handlungsspielräume für Individuen),
die Governanceperspektive (Veränderung und neue Formen gesellschaftlicher Interessensregulierung),
- Gesundheit und Arbeitsschutz sowie
- Wechselwirkungen zwischen den Nachhaltigkeitsdimensionen

Diskussion

Peter Bartelheimer äußert Bedenken, ob sich der Nachhaltigkeitsbegriff auf das ökonomische und soziale Zielsystem anwenden lässt. Er problematisiert den Begriff der Generationengerechtigkeit: Generationen seien weder ökonomische noch soziale Subjekte. *Waltraud Cornlissen* vermerkt als positiv, dass die Reproduktion der Gesellschaft im vorgestellten Nachhaltigkeitskonzept nicht als Störfall, sondern als Ziel vorkommt und „care“ als Form der Arbeit und Versorgung systematisch integriert wird. Ihr widerspricht *Ortrud Leßmann*, die gerade den Bereich der „care“-Tätigkeiten im Nachhaltigkeitskonzept vermisst. *Manfred Moldaschl* hält eine klarere Differenzierung zwischen Ressourcen und ihrem Gebrauch für erforderlich. Etwa schneidet Deutschland nicht schlecht bei den Ressourcen ab, die ins Bildungssystem hineingesteckt werden, „aber im Vergleich mit anderen holen wir viel weniger heraus“. Er schlägt als Nachhaltigkeitsdefinition vor, Ressourcen so zu gebrauchen, dass sie zumindest erhalten oder eben vermehrt werden.

Sebastian Brandl räumt ein, dass noch kein Projekt das Problem, Nachhaltigkeit gleichgewichtig zu definieren, befriedigend gelöst hat. Er habe sich auf Bedürfnisbefriedigung,

nicht auf Ressourcensicherheit oder Ökologie konzentriert. Brandl verweist auf den in „Arbeit und Ökologie“ verwendeten erweiterten Arbeitsbegriff. Informelle Arbeit und Versorgungsarbeit kann nachhaltiger sein als Erwerbsarbeit.

7. Der heiße Stuhl – Wie sehen uns andere Berichtsansätze?

Da sozioökonomische Berichterstattung bestehende Berichtssysteme nicht ersetzen, sondern ergänzen soll, hatte der Verbund vier Kolleginnen und Kollegen um „Rezensionen“ von soeb 1 gebeten: *Norbert Schwarz*, im Statistischen Bundesamt zuständig für sozioökonomische Berichterstattung für eine nachhaltige Gesellschaft (vgl. Foliensatz Norbert Schwarz: Makroökonomische Ansätze), *Silke Bothfeld* als Mitautorin des FrauenDatenReport des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB¹⁶, Jan Marbach vom Deutschen Jugendinstitut (vgl. Foliensätze Jan Marbach: Veränderungen des Sozialkapitals, sowie ders.: Social Capital) und *Heinz-Herbert Noll* als Leiter der Abteilung Soziale Indikatoren im Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (vgl. Foliensatz Heinz Herbert Noll: Kommentar zum Werkstattgespräch). Insbesondere war von Interesse, wie sich das sozioökonomische Berichtskonzept zu ihrem jeweils eigenen Berichtsansatz verhält.

Norbert Schwarz: Makroökonomische Ansätze zur sozioökonomischen Berichterstattung

Aus Sicht des Statistischen Bundesamts bilden Satellitensysteme zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), etwa Berichtssysteme zu Gesundheit, Bildung, Haushaltsproduktion, Lebenslagen und Infrastruktur, wichtige Bausteine einer sozioökonomischen Berichterstattung. Das Statistische Bundesamt arbeitet an einem sozioökonomischen Gesamtrechnungssystem¹⁷, das monetäre Daten der VGR sozioökonomisch erweitert und differenziert. Dies geschieht zum einen über sozioökonomische Input-Output-Tabellen (SIOT), die Auskunft über das gesamte Aktivitätsspektrum der Bevölkerung in Stunden geben und diese als empfangene und geleistete Zeiten bilanzieren, zum anderen über Sozialrechnungsmatrizen (SAM), die die Makroaggregate für Sektoren der VGR – auch unter Rückgriff auf nicht-monetäre Daten, etwa zu Bevölkerung und Haushalten, Erwerbstätigen und Arbeitskräftepotenzial, unbezahlter Arbeit und Zeitverwendung – weiter disaggregiert.

¹⁶ Bothfeld, S. / Klammer, U. / Klenner, Ch. / Leiber, S. / Thiel, A. / Ziegler, A. 2005: WSI-FrauenDatenReport, Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen, Berlin.

¹⁷ Statistisches Bundesamt 2005: Sozialrechnungsmatrix 2000, Sozio-ökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft, Band 6 der Schriftenreihe ‚Sozio-ökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft‘, Wiesbaden.

Für die Verwendung von Daten der VGR in einer sozioökonomischen Berichterstattung spricht, so *Norbert Schwarz*, dass der Bezug auf das konzeptionelle Gerüst des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) und des System of National Accounts der UNO (SNA) internationale Vergleiche ermöglicht. Die Daten sind abgestimmt, vollständig und in langen Reihen vorhanden. Die Kreislaufbetrachtung von Güternachfrage, Güterangebot, Produktion und Arbeitsmarkt und Einkommensverteilung, auf der die VGR beruht, bildet einen guten Ausgangspunkt, um Ökonomie, Ökologie und soziale Entwicklungen zu verknüpfen und Interdependenzen zwischen diesen Bereichen zu analysieren und zu modellieren.

Daher arbeitet das Statistische Bundesamt an weiteren Datenbausteinen, die auch für sozioökonomische Modellierungen genutzt werden können¹⁸. In ihnen werden insbesondere die Einkommensverteilung nach Einkommensarten für sozioökonomische Haushaltsgruppen, das Sparen dieser Haushaltsgruppen und ihr Konsum nach 43 Verwendungszwecken sowie die Qualifikation (in ISCED-Stufen) der Erwerbstätigen nach Alter, Geschlecht und Wirtschaftszweig in auf die VGR abgestimmten Zeitreihen ab 1991 angeboten. Was diese Daten leisten können, zeigt Norbert Schwarz an den Komponenten des verfügbaren Einkommens privater Haushalte: Während der Anteil der Nettolöhne und Gehälter von 48,1 % im Jahr 1991 auf 40,9 % im Jahr zurückging, stieg der Anteil der Nettotransfers aus Sozialleistungen im gleichen Zeitraum von 22,3 % auf 26,4 %.

Jedoch stoßen makroökonomische Ansätze an Grenzen: Sie bleiben mit ihren quantitativen Daten auf der Makro- oder Mesoebene, und wo Ökonomen „niveauorientierte“ Daten reichen, fragen Sozialwissenschaft und Sozialpolitik nach Verteilungsdaten und auch nach qualitativen Daten. Eine Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von sozioökonomischer Berichterstattung mit Makro- und mit Mikrodaten könnte lauten: Die VGR-Daten bieten einen Einstieg und einen Anknüpfungspunkt, die Sozialberichterstattung muss bei der Analyse der Lebensverhältnisse tiefer gehen und zur mikroökonomischen Fundierung beitragen.

Silke Bothfeld: Der FrauenDatenReport des WSI

Leitend für die zweite Version des WSI-FrauenDatenReports, die (nach einer ersten Ausgabe aus dem Jahr 2001) 2005 erschien, war die Idee, Daten für Gleichstellungspolitik, Frauenpolitik und Sozialpolitik problemorientiert anzubieten. Zwar sind heute Daten wesentlich einfa-

¹⁸ Statistisches Bundesamt 2005a: Sozioökonomische Entwicklung, Zeitreihen zu Erwerbstätigkeit, Einkommen und Konsum, Datenbausteine für sozioökonomische Modellierung, Band 7 der Schriftenreihe Sozioökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft, Wiesbaden.

cher zugänglich als noch 2001, doch bestand weiterhin Bedarf, anhand dieser Daten fokussiert auf bestimmte Problembereiche einzugehen.

Sozialwissenschaftliches Wissen, so *Silke Bothfeld*, kann in drei Formen in den politischen Prozess eingehen: erstens in Form von Daten, das heißt kleinteiligen Wissensseinheiten, zweitens in Form von Ideen, welche sozusagen schon akkumulierte Wissensseinheiten und Zusammenhänge sind, die möglicherweise schon der Formulierung von politischen Programmen zumindest den Weg ebnen, und drittens als Argumente, die keine objektive Nutzung von Wissen mehr zulassen, sondern eine zielgerichtete Nutzung von Wissen anleiten. Der WSI Frauendatenreport würde sich nach dieser Einteilung der Datenebene zuordnen, da er auf kleinteiliges Wissen abzielt, welches abfragbar und leicht präsentierbar ist. Dies trifft nach Silke Bothfelds Einschätzung auch auf die sozioökonomische Berichterstattung zu. Einen Unterschied zwischen beiden Projekten sieht sie jedoch beim Übergang zu Ideen und Argumenten. Zwar will auch der erste sozioökonomische Bericht erklärtermaßen der Selbstaufklärung und der Politikberatung dienen, doch ist er noch nicht entschieden auf Problembereiche oder auf Ideen und Fragestellungen wie Teilhabe oder Nachhaltigkeit zentriert, „an denen man möglicherweise die zusammengetragenen Daten aufhängen kann“. Dagegen hatte der WSI-FrauenDatenReport den Anspruch, Daten in Form eines Arguments zu verpacken: Es sollte deutlich gemacht werden, dass es geschlechterspezifische Unterschiede in Deutschland gibt, und mit dieser Grundvoraussetzung wurde die Analyse und Zusammenstellung der Daten begonnen. Der Report ist auch ein interessengeleitetes politisches Projekt. Er richtet sich an bestimmte Zielgruppen: Einmal an politische Akteure/innen in den Gewerkschaften, aber auch an gleichstellungspolitische und sozialpolitische Akteure/innen sowie Journalist/innen und Studierende. Der WSI-FrauenDatenReport ist als Handbuch und als Lehrbuch konzipiert. Für jeden Themenbereich, den er behandelt, werden zunächst Probleme benannt, zu denen dann entsprechende Daten zusammengestellt werden. Dazu wurden auch eigene Analysen unternommen, aber vor allem wurden die gängigen Datenquellen genutzt und auf aktuelle sozialwissenschaftliche Studien verwiesen. Mit dieser speziellen Form der Datenberichterstattung haben die Herausgeberinnen ein starkes Medieninteresse gefunden und „anscheinend eine aktuelle politische Debatte getroffen“ – im Unterschied zur „eher akademisch geprägten Datenberichterstattung“, welche in Silke Bothfelds Augen die sozioökonomische Berichterstattung plant.

Bei den Themen ist der FrauenDatenReport „relativ klassisch in den Ressortgrenzen verblieben“. Vorangestellt ist ein Demographiekapitel; dem folgen Kapitel zu Bildung, Ar-

beitsmarkt, Arbeitszeit, Einkommen, sozialer Sicherung und Frauen in Politik und Gesellschaft. Dies ist von der Anlage her nicht innovativ, bedient aber den Bedarf der Akteure/innen in den verschiedenen Bereichen. Dagegen vermutet Silke Bothfeld bei der sozioökonomischen Berichterstattung eher den Anspruch, aktuelle soziale Entwicklungen im Sinne von „Themenscouts“ aufzuspüren und entsprechend zu beschreiben, und ein anderes Potenzial an methodischen und soziologischen Kompetenzen.

Silke Bothfeld beschließt ihren Beitrag mit zwei Anmerkungen. Die eine ist die Funktion des *giving voice*, welche Charles C. Ragin einmal als eine Funktion der Sozialwissenschaften formuliert hat. Empirische Sozialwissenschaft ist dafür verantwortlich, die kleinen Entwicklungen, die sich abzeichnen und die auch von größerer Tragweite sind, sichtbar zu machen, also auch neue Sachen zu wagen und neue Probleme zu beschreiben. Statt an politische Diskurse als Referenz denkt Silke Bothfeld eher an einen breiten Blick und eine Vorgehensweise, die dem Grundverständnis für die sozialen Entwicklungsprozesse ruhig auch explorativ nachgeht.

Ihre zweite Anmerkung bezieht sich auf die Frage von Petra Böhnke: „Wann wird Benachteiligung zur Marginalisierung?“ und auf die Frage nach Teilhabe und institutionellen Rahmenbedingungen. Bei beiden Forschungsfragen kommt man nicht ohne die Beobachtung von Dynamiken aus. Für den zweiten Bericht wird es eine Herausforderung sein, nicht ein statisches Modell und gegebene Bedingungen zu beschreiben, sondern wirklich auch die Prozesse, in denen Personen von unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen betroffen sind und in denen sie sich auch wieder aus bestimmten Lebenslagen oder Situationen befreien können. Silke Bothfeld verweist hier auf die Arbeiten von Günther Schmid zu Arbeitsmarktübergängen, wozu es heute sehr viele Daten gibt, aber auch noch sehr viele Datenlücken. Es wäre interessant zusammenzustellen, wie weit eigentlich diese dynamischen Prozesse im Arbeitsmarkt erfassbar sind, um die es auch bei der Diskussion zu „Flexicurity“ geht.

*Jan Marbach: Wechselwirkung zwischen Ökonomie und Lebensweise:
„Veränderung des Sozialkapitals in Ost- und Westdeutschland“*

Jan Marbach (in Vertretung für Walter Bien) greift in seinem Beitrag die Frage nach den Wechselwirkungen zwischen ökonomischem Modell und Sozialmodell auf. Zwischen diesen beiden Bereichen gibt es keine stringenten, deterministische Zusammenhänge; vielmehr folgen sie getrennten Logiken, die mal zusammen gehen können, aber auch mal nicht. Er stellt Ergebnisse des dji-Familiensurvey zu der Frage dar, inwiefern sich ökonomischer Stress oder ökonomische Krisen in sozialen Netzwerken und im Sozialkapital widerspiegeln.

Es gibt zwei Konzepte von Sozialkapital. James Coleman denkt dabei an ein geschlossenes, dicht verflochtenes soziales Netzwerk, das auch unter dem Begriff „strong ties“ bekannt ist. Hierbei betrachtet man sozusagen den dichten Kokon von sozialen Beziehungen um Individuen, in dem Personen, die dem Individuum ähnlich sind untereinander verflochten sind und in dem auch soziale Kontrolle ausgeübt wird. Davon zu unterscheiden ist das zweite Konzept. Marc Granovetter hat am Beispiel der Suche von Arbeitslosen nach Arbeitsplätzen die Idee entwickelt, dass gerade die schwachen Beziehungen, die funktional nicht vielfältigen, sondern einfältigen Beziehungen, die aber weiter in die Gesellschaft hinausreichen, etwa zu Bekannten, als Sozialkapital für diese Suche wertvoller sind.

Auf Grundlage des Familiensurveys wurden für beide Konzepte Indikatoren gebildet (so genannten Namensgeneratoren, z.B.: Mit wem führen Sie Gespräche? Mit wem teilen Sie Ihre Freizeit?). Die „strong ties“ werden nach den Kriterien der Verfügbarkeit, der Häufigkeit und Intensität des Kontakts, der Komplexität und der Dichte zu einem so genannten Coleman-Indikator des Sozialkapitals operationalisiert.

Beim Indikator für „weak ties“ wird zunächst auf der Basis der qualitativen Variationen (z.B. kategoriale Variable und Beziehungsvariable) ein qualitatives Streumaß gebildet. Man kann hierbei nicht mit Varianzen rechnen, da es keine Nullpunkte gibt. Vielmehr wird ein Index qualitativer Variation berechnet und mit der Netzwerkgröße gewichtet.

Das Coleman-Sozialkapital („strong ties“) hat über die drei Wellen des Familiensurveys (1988/90, 1994, 2000) zugenommen. Bei den „weak ties“ hat die qualitative Variation signifikant etwas abgenommen, d.h. die Zusammensetzung des Netzwerks ist etwas schwächer geworden.

Jan Marbach fragt nun, wie sich eine ökonomische Krise, die den Osten getroffen hat und die im Westen praktisch nicht stattgefunden hat, aus der Sicht der Befragten dargestellt hat. Ein Krisenindikator ist die Arbeitslosenrate von west- und ostdeutschen Befragten, die im Osten von 1990 auf 1994 sprunghaft anstieg, und danach ist sie ungefähr gleich hoch geblieben. Ein zweiter Indikator ist der Anteil von Personen, die erwerbstätig sind; dieser Wert nimmt im Osten zwischen 1990 und 1994 ab und bleibt danach ungefähr gleich.

Bei der Entwicklung des Indikators für „strong ties“ ist in beiden Landesteilen ein Anstieg zu beobachten. Dabei bleibt ein Abstand zwischen Ost und West bestehen, der aber in der Mitte nicht mehr signifikant ist. Was die Menschen um sich als dichtes Beziehungsnetz aufgebaut haben, reagiert nicht auf die ökonomische Krise. Im Gegenteil: es zeigt sich völlig unbeeindruckt und wächst sogar leicht.

Bei den „weak ties“ zeigt sich eine völlig andere Entwicklung. Im Westen kommt es zu einem unwesentlichen Anstieg. Wir sehen im Westen einen Anstieg, aber keinen wesentlichen. Nach Kontrolle aller möglichen Variablen der sozialen Ungleichheit und der Sozialdemografie nimmt das „Granovetter-Sozialkapital“ im Osten zwischen 1990 und 1994 stark ab, es reagiert sehr deutlich auf die Krise. Aber genauso wichtig ist, dass es – bei fortdauernder Krise – bis 2000 zu einer Anpassung kommt, so dass der Abstand nun nicht mehr signifikant ist. Man sieht also im Bereich der „weak ties“ eine befristete bzw. temporäre Reaktion auf die ökonomische Krise und danach etwas, was man als „Resilienz“, als unerklärliche Erholung bezeichnen kann.

Abschließend stellt Jan Marbach einige Überlegungen dazu an, wie man diese unterschiedlichen Reaktionen erklären könnte. Man könnte die „strong ties“ als eine Art Basis sehen, von der aus man nach dem Schock und nach dem gesellschaftlichen Rückzug wieder beginnt, die „weak ties“ neu aufzubauen. Dies entspricht der psychologischen Bindungstheorie, deren Grundaussage lautet, dass eine sichere Bindung Exploration fördert. Nur wer sicher gebunden ist, befindet sich in der Lage, sich in die Gesellschaft hinauszuwagen, Erfahrungen zu machen und durchzustehen. Genau das könnte stattgefunden haben, nimmt man als sichere Bindung die „strong ties“, welche völlig unbeeindruckt waren von der Krise. Doch dies ist natürlich nur eine mögliche Interpretation.

Heinz Herbert Noll: Kommentar zum Werkstattgespräch

Heinz-Herbert Noll stellt zunächst die Plausibilität des Konzepts der sozioökonomischen Entwicklung und der Umbruchhypothese in Frage und bezweifelt, dass sie sich als Bezugsrahmen für eine systematische kontinuierliche Berichterstattung eignen. Die besondere Leistungsfähigkeit und Kohärenz des Produktions- und Sozialmodells der Nachkriegszeit wird in der Retrospektive „grandios vereinfachend und modellhaft“ betrachtet, und die Umbruchhypothese „überzeichnet“ die Entwicklung. Noll fragt: Wie würden wir diese Zeit sehen, wenn wir sie mit demselben Instrumentarium betrachten würden, das uns heute zur Verfügung steht, insbesondere mit Verlaufsanalysen auf Paneldatenbasis. Dann wäre die Diskontinuität von Erwerbsverläufen vielleicht auch in den 50er Jahren sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Das ist ein Punkt, warum ich die Plausibilität dieses Ansatzes als Folie in Frage stelle.

Die These, dass es einen Umbruch gegeben hat, sollte nicht Grundlage der Berichterstattung, sondern Befund oder Diagnose eines Umbruchs einer solchen Beobachtung sein. Erst wenn wir ein Beobachtungsraster haben, mit dem wir gesellschaftliche oder sozioökonomi-

sche Entwicklung beobachten, kann man (muss man natürlich nicht) zu dem Ergebnis kommen, dass es in einer bestimmten Periode einen Umbruch gegeben hat. Und wie lange kann ein Umbruch eigentlich dauern? Er dauert bereits deutlich länger als das Modell der Nachkriegszeit, das als Referenz verwendet wurde, und das ist schon ein Problem. Nun hatte, so Noll, die Umbruchsthese keine sehr große Bedeutung für die einzelnen Kapitel des vorliegenden Berichts. Er zitiert Jürgen Kocka, der bei einer Präsentation des Berichts kommentierte, es sei eine kluge Entscheidung gewesen, die Umbruchshypothese für den Bericht nicht zu ernst zu nehmen. „Allerdings muss man dann natürlich fragen: wozu benötigt man diesen konzeptionellen Rahmen?“

Zweifel äußert Heinz-Herbert Noll auch an der internationalen Anschlussfähigkeit dieses Ansatzes. Vielen Beobachter scheint das Modell der Nachkriegszeit schon für die deutsche Entwicklung exzeptionell. Muss man für einen Vergleich mit Portugal und Irland oder gar mit Slowenien und Litauen nicht ganz andere Referenzpunkte verwenden? Das europäische Sozialmodell und die Lissabon- Strategie erscheinen ihm als „Hilfskonstruktion“, die jedoch nicht trägt. „Man sollte entweder den konzeptionellen Ansatz aufgeben oder auf den internationalen Vergleich verzichten.“

Der erste Bericht zur sozioökonomischen Entwicklung entspricht, so Noll weiter, nicht dem Anspruch eines „comprehensive reporting“. Welche Logik liegt hinter der Auswahl von Themenfeldern und Berichtsgegenständen? Warum kommt das Thema Wohlfahrtsstaat und soziale Sicherung überhaupt nicht vor? Innerhalb der einzelnen Kapitel kann man „kaum auch nur den Versuch erkennen, Produktion und Lebensweise wirklich im Zusammenhang zu analysieren“. Die große Bedeutung, die der Umbruchsthese beigemessen wird, hätte sich im Zeithorizont der Beobachtung niederschlagen müssen. Tatsächlich geht der Beobachtungszeitraum ganz selten hinter die 80er Jahre zurück.

An diese kritische Kommentierung des vorliegenden Berichts zur sozioökonomischen Entwicklung schließt Heinz-Herbert Noll ein Plädoyer an, sich an Grundprinzipien der Sozialberichterstattung zu orientieren. Der Schwerpunkt liegt darauf, Wohlfahrt zu messen und über Wohlfahrt in einer Gesellschaft zu informieren. Was dies für Definitionen und Konzepte bedeutet, illustriert er am Beispiel des Social Report New Zealand (2001 ff.), bei dem wegen der räumlichen Entfernung nicht so leicht der Verdacht aufkommt, dieser sei stark von der „Zapf-Schule“ beeinflusst.

Der Social Report New Zealand “provides information on the social health and well-being of New Zealand society. Indicators are used to measure levels of well-being, to monitor trends

over time, and to make comparisons with other countries.” „Wellbeing“, in the context of this report, means those aspects of life that society collectively agrees are important for a person’s happiness, quality of life and welfare. Dazu gehören Informationen über „New Zealander's living standards, health, knowledge and skills, our sense of identity and belonging; the quality and sustainability of our natural environment; the human rights that we enjoy; our ability to access meaningful and re-warding work; and our freedom from crime and violence”. Der neuseeländische Bericht

- “assesses how well we are performing over time, how different groups within the community are faring and how our performance compares with other OECD nations,
- enables us to think about the direction in which we are heading and to consider where concerted effort and investment may be required,
- is based on a set of key outcomes and indicators that captures the characteristics of a good society”.

Dieser Anspruch über Wohlfahrtsniveaus, Ungleichheit und internationale Wohlfahrtsvergleiche zu informieren und sich an Charakteristiken einer guten Gesellschaft zu orientieren, erscheint Heinz-Herbert Noll „paradigmatisch für das, was man im Allgemeinen unter Sozialberichterstattung versteht“. Sozialberichterstattung muss sich auch beschränken. Die Outputorientierung ist beispielsweise eine dieser Beschränkungen. Natürlich kann man leicht fordern, man müsse immer alles in seinen Zusammenhang betrachten: Inputs und Outputs, Wirtschaft und Gesellschaft. An dieser Forderung ist sicherlich an der einen oder anderen Stelle etwas richtig, und man sollte nicht generell bei Beschreibungen stehen bleiben. Man tut jedoch der Sozialberichterstattung keinen Gefallen, wenn man ihr „die ganze Last aufbürdet“. Sie kann die „vielen wichtigen und nützlichen Beiträge der empirischen Sozialforschung“ und der Politikberatung nicht ersetzen.

Als Beispiel dafür, wie man konzeptgeleitet zu einem Beobachtungsraaster kommt und wie man aus der potenziell unendlichen Fülle von Möglichkeiten eine sinnvolle Auswahl von Beobachtungsdimensionen und Indikatoren treffen kann, stellt Heinz-Herbert Noll seine Arbeiten an einem europäischen Indikatorensystem¹⁹ vor. Das Konzept unterscheidet zwischen zwei Perspektiven, der Wohlfahrtsmessung und der Beobachtung ausgewählter Aspekte des sozialen Wandels, und zwei Beobachtungsebenen, einer individuellen Ebene und einer gesellschaftlichen Ebene. Wohlfahrtsmessung auf der individuellen Ebene orientiert sich am Kon-

¹⁹ European System of Social Indicators – vgl. Foliensatz Heinz Herbert Noll: Kommentar zum Werkstattgespräch.

zept der Lebensqualität, wobei als Unterdimensionen objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden unterschieden wird. Um neben Lebensqualität auf der Individualebene auch Aspekte der Qualität von Gesellschaft einzubeziehen, orientiert sich das System zum einen am Konzept der Nachhaltigkeit und zum Anderen am Konzept der sozialen Kohäsion. Beides sind Qualitäten, die man nur auf der kollektiven Ebene sinnvoller Weise betrachten kann. Natürlich nicht nur auf der nationalen, sondern auch etwa auf der betrieblichen oder auf anderen Ebenen.

In Anlehnung an den „Capital Approach“ werden zwei Dimensionen der Nachhaltigkeit operationalisiert: Bestand, Erhaltung und Mehrung von natürlichem Kapital und Humankapital sollen gemessen werden. Die Dimension des sozialen Kapitals wird dagegen durch das Konzept der sozialen Kohäsion abgedeckt, mit den Unterdimensionen Disparitäten, Ungleichheiten und Exklusion einerseits und soziale Beziehungen, Bindungen und Inklusion andererseits. Diese Dimensionen von Wohlfahrt und sozialem Wandel werden nun auf verschiedene Lebensbereiche („Life Domains“) angewandt. Diese „Systemarchitektur“ organisiert den Prozess der Beobachtung, d.h. sie definiert, welche Indikatoren für die etwa 30 einbezogenen Länder im Beobachtungszeitraum erfasst werden. Heinz-Herbert Noll stellt klar, er wolle mit diesem Beispiel kein Konzept „verkaufen“, sondern nur darauf aufmerksam machen, dass man bei auf längere Frist angelegten, systematischen und kontinuierlichen Berichterstattungen etwas Entsprechendes benötigt: Eine klare Dimensionalisierung dessen, was man beobachten möchte und eine klare Vorstellung darüber, wie man das organisieren kann.

Diskussion

Die Diskussion konzentriert sich auf die kritischen Bemerkungen von *Heinz-Herbert Noll*. *Rainer Land* merkt an, ohne die Umbruchshypothese verliere der Berichtsansatz des Verbunds seine Existenzberechtigung. Aber dann müsste man auch über einen anderen Begriff nachdenken, auf den man die Veränderungen und Ereignisse der letzten zwanzig Jahre bringen wolle. *Manfred Moldaschl* plädiert dafür, den Unterschied zwischen sozioökonomischer und Sozialberichterstattung klar auszuweisen. *Peter Bartelheimer* spricht sich für eine „gute Nachbarschaft“ unterschiedlicher Berichtsansätze aus. Da man sich Nachbarn „nur bedingt aussuchen kann“, soll man nicht versuchen, sich über unterschiedliche Berichtsansätze zu streiten, was dem Modell von „strong ties“ entsprechen würde, sondern in einem Netz aus „weak ties“ bei der Nutzung der Dateninfrastruktur zu kooperieren, Indikatoren anschlussfähig zu halten und Doppelarbeit zu vermeiden. Ein Anschluss von soeb 2 an die VGR ist sinnvoll und erwünscht. Die Thematisierung von Wohlfahrtsstaat und soziale Sicherung stieß in

soeb 1 auf die zusätzliche Schwierigkeit, dass in zentralen Bereichen gerade ein Systemwechsel stattfand. Beim Zeithorizont stand man – wie jeder Berichtsansatz – vor dem Problem, für die Zeit vor Mitte der 70er Jahre keine mit den heutigen vergleichbaren Mikrodaten analysieren zu können. *Heinz-Herbert Noll* stellt noch einmal klar, dass sich die Umbruchsthese aus seiner Sicht für ein Forschungsprojekt eignet, nicht aber für ein systematisches, auf Kontinuität ausgerichtetes Berichtssystem, da man damit nicht mehr offen ist für andere Entwicklungen.

8. Versuch eines Schlussworts

Tatjana Fuchs: Schlussbemerkungen für den Forschungsverbund

Tatjana Fuchs dankt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dafür, dass sie in den vergangenen beiden Tagen der Einladung des Forschungsverbunds zu einer kollegialen Beratung gefolgt sind und versucht, die erhaltenen Anregungen zu bündeln.

Dass der Verbund der Berichterstattung ein Entwicklungsmodell zu Grunde legt, welches sich an Umbrüchen in Form von Zäsuren orientiert und den Blick auf Gesellschaft aus verschiedenen Perspektiven erlaubt, wurde mehrfach begrüßt. Aber noch bleibt die theoretische Fundierung des Entwicklungsmodells schwach, und ebenso die theoriegeleitete Interpretation der Daten. Auch an der Verzahnung von theoretischen Makroansätzen und Konzepten, die sich eher auf die Mikroebene beziehen, ist zu arbeiten.

Interessiert man sich weiterhin für die Bedingungen stabiler Gesellschaftsentwicklung, also für jene Faktorenbündel, die einen wechselseitigen Verstärkungszusammenhang zwischen ökonomischer und sozialer Entwicklung wahrscheinlich machen, dann sind stärker als bisher die Dynamiken im ökonomischen Bereich unter die Lupe der Berichterstattung zu nehmen. Denn vieles deutet darauf hin, dass hier die größten Umbrüche stattfinden. Dies bedeutet nicht Rückkehr zum Ökonomismus, da ökonomische Entwicklung immer sozial eingebettet werden muss, um stabil zu sein.

Möglicherweise, so *Tatjana Fuchs*, muss der Verbund sich aber auch partiell von der Umbruchsthese lösen: „zumindest insoweit, dass wir uns zunächst vergewissern, welche Dimensionen Relevanz für das sozioökonomische Entwicklungsmodell haben, auch wenn sie sich – für sich genommen – derzeit nicht in einem Umbruch befinden.“

In diesem Zusammenhang gilt es auch den Blick auf die staatliche Seite sozioökonomischer Entwicklung zu schärfen, also zu fragen, welche Bedeutung öffentliche Infrastruktur bzw. die Privatisierung derselben haben.

Und da gesellschaftliche Veränderungen immer umkämpft waren und sind, haben einige Referenten zu Recht gefragt, ob nicht auch Widerständiges einen Ort in der Berichterstattung haben sollte.

Keine einfache Frage ist auch weiterhin, wie man sich in Zukunft auf politische bzw. normative Diskurse beziehen soll. Einerseits bieten sowohl die Lissabon-Strategie und die Diskussion über die Konturen und normativen Grundlagen eines zukünftigen Europäischen Sozialmodells, aber auch die politischen Diskurse über Nachhaltigkeit wichtige Bezugspunkte für die Berichterstattung. Denn diese Diskurse haben die gesellschaftliche Entwicklung und die Wechselwirkungen zwischen ökonomischem, sozialem und ökologischem System im Blick. Und sie ringen um eine geeignete Indikatorik, also haben sie auch Berichterstattung im Blick. Man sollte vermutlich nicht versuchen, diese Diskurse komplett zu „verwissenschaftlichen“, aber sie bieten eine Basis für gesellschaftliche Perspektiven, im Sinne von Relevanzanzeigern.

Die Anregung, dass auch Diskurse und Ideologien real sind, sollte man ernst nehmen; diese sollten im Rahmen einer Beobachtung politischer Diskurse ihren Ort in der Berichterstattung haben. Was daraus in Form von Konzepten und Indikatoren in die wissenschaftliche Beobachtung eingeht, ist eine andere Frage.

Das Konzept des Handlungsspielraums, als wichtiges Charakteristikum von Lebensqualität, wird im nächsten Bericht mit Sicherheit einen größeren Stellenwert erlangen. Vieles deutet darauf hin, dass es einen zusätzlichen Erkenntnisgewinn bringt, auf der Mikroebene zu beschreiben, welche Optionen, welche Gelegenheitsstrukturen Individuen haben. Das wird keine Abkehr von der Verwendung klassischer Ungleichheitsmerkmale bedeuten – im Gegenteil sind in Zukunft stärker und durchgängiger als bisher v.a. Geschlecht, Bildung und Einkommen in die Berichterstattung einzubeziehen.

Handlungsspielräume zu beobachten, widerspricht keineswegs dem Konzept der Teilhabe. Denn das Konzept von Teilhabe und Ausgrenzung in den Kontext des sozioökonomischen Wandels zu stellen, scheint doch ausgesprochen fruchtbar zu sein. Zudem ermöglicht es uns, den Blick vom Rand der Gesellschaft auf die gesamte Gesellschaft zu werfen und gesellschaftliche Prozesse zu beobachten. Aber es ist zu überlegen, Elemente des Capability-Ansatzes zu berücksichtigen. Schließlich war deutlich zu sehen, dass es zwischen den verschiedenen Ansätzen, Mikroprozesse zu beobachten und zu bewerten, viele Gemeinsamkeiten gibt. Der gemeinsame Kern dieser Ansätze ist die Frage: wie können Ressourcen in Nutzen

und Wahlmöglichkeiten transformiert werden? Die unterschiedlichen Stärken der verschiedenen hier vorgestellten Ansätze sind genauer zu betrachten.

Mit diesen multidimensionalen Ansätzen gerät in viel stärkerem Maße das Wohlergehen der Individuen in den Blick – in der Gesellschaft, in der sie leben, in einer Gesellschaft, die sich ändert. Wesentlich besser muss jedoch geklärt werden, welche Dimensionen für gelingende Teilhabe wichtiger sind als andere: Dazu sind noch weitere theoretische, aber auch empirische Anstrengungen nötig: Was versteht eine Gesellschaft zu einem gegebenen Zeitpunkt unter Zugehörigkeit und Teilhabe? Wie wird Ausgrenzung subjektiv erfahren? Eine weitere Anforderung besteht darin, diese Indikatoren stärker als bisher aufeinander zu beziehen. Es geht also nicht nur darum, Risikokumulationen zu beschreiben, wie es soeb 1 bereits in Ansätzen tat, sondern die Bedingungen in den Blick zu nehmen, unter denen Ausgrenzungserfahrungen in der einen Dimension Ausgrenzungen in anderen Dimensionen nach sich ziehen.

In vielen Diskussionsbeiträgen und Referaten ist deutlich geworden, dass die Verwendung von Indikatoren, auch relativ einfacher Indikatoren etwa für Ländervergleiche, und eine dichte Beschreibung des deutschen Produktions- und Sozialmodells einander nicht ausschließen, sondern ergänzen können. Diese dichten Beschreibungen sollten auch für die Analyse von Regionen und Räumen offen sein.

Nötig sind dafür ausgewählte, vertiefende qualitative Untersuchungen. Ein Beispiel hierfür ist das Konzept der alltäglichen Lebensführung; Nicht nur, dass dadurch sehr anschaulich die Alltagspraxis in den Blick kommt; auch die – in der Berichterstattung bereits angelegte – konsequente Erweiterung des Blicks auf Arbeit ist in diesem Ansatz gut aufgehoben. Auch eröffnet das Konzept eventuell die Möglichkeit, die Konzeption von Regulierung und sozialer Strukturen stärker personenbezogen zu analysieren.

Eine weitere methodische Anregung betrifft Verlaufsanalysen: Der erste Bericht hat diese Verfahren in Ansätzen bereits genutzt, und der Verbund wird sich in Zukunft noch intensiver – auch auf der Basis von Kohortenanalysen – mit der Dynamik sozioökonomischer Entwicklung und mit den Auswirkungen z.B. von prekären Lebenslagen auf Lebensverläufe beschäftigen.

Zum Schluss eine weitere wichtige Anregung: Wir müssen uns stärker als bisher fragen, wer unsere Zielgruppen sind. Dies können mehrere sein, mit durchaus unterschiedlichen Interessen. Aber vielleicht gelingt es, über intelligente und anschauliche Zusammenfassungen, über eine stärkere Staffelung von einfachen Indikatoren und über einem gut strukturierten

Themenangebot zu komplexen Zusammenhängen die sozioökonomische Berichterstattung mehr Menschen mit verschiedenen Leseinteressen zugänglich zu machen.

Weitere Materialien

Auf der Projekt-Website www.soeb.de finden sich neben dem Flyer und dem vorbereitenden Diskussionspapier zur ersten soeb-Werkstatt bisher folgende Referate als Foliensätze bzw. Texte (PDF-Dateien):

- Peter Bartelheimer: Umbruch des Produktions- und Sozialmodells;
- Roland Roth: Auf der Suche nach Übersicht in regulationstheoretischer Perspektive;
- Frieder Otto Wolf: Europäisches Sozialmodell;
- Waltraud Cornelißen: Optionen der Sozialberichterstattung zur Geschlechtergerechtigkeit;
- Jean Michel Bonvin: Employment and Labour Market Regulation;
- Ortrud Leßmann: Lebenslage- und Capability-Ansatz;
- Petra Böhnke: Gesellschaftliche Teilhabe als Berichtskonzept;
- Sebastian Brandl: Nachhaltigkeit in Arbeit und Lebensweise;
- Norbert Schwarz: Makroökonomische Ansätze;
- Jan Marbach: Veränderungen des Sozialkapitals;
- Jan Marbach: Social Capital;
- Heinz-Herbert Noll: Kommentar zum Werkstattgespräch.